

b unabhängige **auernstimme**

Dezember 2005
Nummer 284 – K 12858 / 3,00 €

Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern



Foto: Leonhardt

Welthandel – frei heißt nicht fair!

Hongkong und weiter

Es sollte der Abschluss der WTO-Handelsrunde werden, doch eine Einigung ist nicht in Sicht. Von Zöllen, Exporthilfen und Urwäldern handelt der Schwerpunkt, **Seiten 11-13**

Europas Milchbauern

Beharrlich und konzentriert arbeiten europäische Milchbauernverbände daran, ihre Marktmacht zurückzuholen. Bericht von einem Strategietreffen in Salzburg. **Seite 6**

Regierung startet

Berlin hat wieder eine Regierung, und die einen Koalitionsvertrag. Viel Konkretes gibt der nicht her. Ausgerechnet bei der Gentechnik wird's radikal. **Seite 3**

Die Seite 3

Der Koalitionsvertrag 3
Neue Regierung will Gen-Bauern von Haftung freistellen 3

Agrarpolitik

NRW will Bauern nicht allein lassen 4
 Zur Gentechnik widerspricht Staatssekretär der Koalition
Castor von Bäuerlicher Notgemeinschaft aufgehalten 5
Mehrheit will Zuckermarkt liberalisieren 5
Länder streiten weiter um Milchquoten 5

Milch

Bündelung, Lieferstopp und Mengenregulierung 6
 16 Milchbauern-Organisationen trafen sich in Salzburg
Die anderen machen's ja auch 7
 Deutschland, Frankreich, Österreich wollen Quoten austeilen

Bewegung

Hilferuf aus dem Plastikmeer 8
 Rassistische Übergriffe auf Arbeitsmigranten

Märkte

Biogas bei den Briten 10

Schwerpunkt: Fairer Handel

WTO vor Hongkong 11
 Einigung ist nicht in Sicht
Ernährungssouveränität 12
 Wenn das Denken die Richtung ändert
Märkte qualitativ öffnen 12
Zollsenkungen und andere Dramen 13
 WTO-Verhandlungen für Industriegüter

Querfeldein

Ein Hof für Menschen und Tiere 14

Nachbau

Linda gewinnt! 15
Müssen Aufbereiter Nachbau-Sorten nennen? 15

Internationales

Kleinbäuerlicher Betrieb als „Latifundium“ 16
 Polnische Bauern suchen Erfahrungsaustausch in Deutschland

Existenzgründung

Außerfamiliäre Hofabgabe – ein Erfahrungsbericht 18

Weitere Themen

Aus Stall, Feld und Umfeld bei Redlef Volquardsen und Lydia Riedel-Tramsek, **Seite 9** · Nie wieder! Oder doch?, **Seite 19** · Lesen, **Seite 20-21** · Anzeigen/Veranstaltungen/Kontakte, **Seite 22-23**

Inhaltsverzeichnis

Nun ist Angela Merkel unsere Kanzlerin. Horst Seehofer hat den ersten Brüsseler Agrargipfel hinter sich. Es geht an die Arbeit. Vom Koalitionsvertrag spricht man nicht mehr so viel. Der ist ohnehin wohl eher dafür da, dass sich Gegenspieler näher kommen. Im Regierungsalltag ist das Papier nur ein Rahmen. Immerhin: Bezogen auf die Landwirtschaft wird der Text ausgerechnet bei der Agro-Gentechnik konkret wie sonst selten. Letztlich liefe eine Umsetzung darauf hinaus, dass Gen-Landwirte von der Haftung für Schadensfälle bei Nachbarn befreit werden. Das hat Frau Merkel selbst so diktiert. Dass ihr Wunsch dem allgemeinen Nachbarschaftsrecht des Bürgerlichen Gesetzbuchs widerspricht, ist hilfreich für die Verteidigung der Interessen jener, die Landwirtschaft und Lebensmittel ohne den Einsatz der Gentechnik wollen. Entscheidend wird aber sein, diese Interessen durch engagierte politische Arbeit durchzusetzen. Dabei geht es nicht nur um ethische Werte, sondern auch um ökonomische. Warum sonst kämpft die Gentechnikindustrie so sehr darum, hier Fuß zu fassen? An gentechnikfreien Lebensmitteln verdient sie

**Kommentar****Start mit Widersprüchen**

nichts. Warum sollte ihr Gewinn höher eingestuft werden als der Markt, der im Verzicht auf Gentechnik eine Qualität sieht!

Die Koalition lässt sich nicht mit der Gentechnikfrage allein beschreiben. Für Bäuerinnen und Bauern nicht minder wichtig sind die Felder der klassischen Agrarpolitik. Die Hoffnung ist noch nicht gestorben, dass die Bereitschaft, aktive Marktpolitik zu betreiben – zum Beispiel bei der Milch oder beim Zucker –, bei einer Ministerin oder einem Minister aus der Union ausgeprägter sein könnte als bei einer grünen Politikerin. Hoffnungen sind lebenswichtig, aber Politik können sie nicht erklären. Zumindest scheint diese Erwartung schnell enttäuscht zu werden.

Bei der Diskussion um die Neuregelungen zur Milchquote tritt der Bund erst gar nicht in Erscheinung. In der Politik ist das nie Zufall, sondern Methode. Auch die Union ist voller widersprüchlicher Interessen. Der Norden gegen den Süden, der Westen gegen den Osten. So droht es, dass zwar die von der EU zugeteilten zusätzlichen 1,5 Prozent Milchquoten an den Markt gelassen werden, aber die Saldierung nicht eingeschränkt wird, obwohl das wichtig wäre, um dem Signal an die Molkereien und den Handel: „es gibt noch mehr Menge und Überschüsse“ etwas entgegenzusetzen, was die Überlieferung der Quoten reduziert. Oder das Beispiel Zucker: Was hat die Zuckerwirtschaft an Einsatz und Geld locker gemacht, um die Rübenbauern gegen Berlin und Brüssel zu schicken. Inhaltlich war an der Rhetorik vieles richtig. Nur blieb es Schein. Denn fernab der Mahnfeuer haben sich die Chefs der Zuckerfabriken und die Ministeriellen längst darauf geeinigt, dass Preissenkungen von über 30 Prozent akzeptiert werden. Denn für Südzucker, Nordzucker und Co. winkt der Brüsseler Reformvorschlag mit über vier Milliarden Euro „Umstrukturierungshilfe“. Geld für die Schließung von unrentablen Fabriken, für Sozialpläne, für die Rationalisierung der Raffinerien. Was könnte mit den Milliarden Positives an ländlicher Entwicklung bewegt werden! Und dieser Einigung haben Bauernverband und Länderminister zugestimmt – sie sind nicht umsonst seit Monaten so ruhig. Der Dauerwahlkampf von Bauernverband gegen Künast ist vorbei. Jetzt treten die Widersprüche zwischen Wort und Tat wieder offener zutage.

Ulrich Jasper

Meldung des Monats

Die Organisation Oxfam hat in den veröffentlichten Daten über EU-Agrarzahungen gestöbert und ist auf folgende Beispiele gestoßen: In Spanien erhalten demnach die sieben Spitzenverdiener zusammen 14,5 Mio. Euro – genauso viel, wie die 12.700 kleinsten landwirtschaftlichen Betriebe zusammen. In Frankreich erhalten allein 15 Prozent der Landwirtschaftsbetriebe zusammen 60 Prozent der französischen Direktzahlungen. Die 12 größten französischen Empfänger erhalten jeweils mehr als 500.000 Euro pro Jahr allein an Subventionen. Die zwei größten bekommen gemeinsam 1,7 Mio. Subventionen pro Jahr. „Dies straft das französische Argument Lügen, Frankreich würde die EU-Subventionen nutzen, um seine kleinen Landwirte zu unterstützen. Das ist einfach falsch. 70% der Landwirte in Frankreich erhalten zusammen nur 17 % der von Paris ausgereichten Subventionen. Das ist das gleiche Bild der Ungleichheit, das wir bereits in Großbritannien und Spanien gesehen haben“, so Oxfam.

Impressum

b unabhängige
bauernstimme

Anschrift: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V., Tel.: 023 81/905 31 71, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: info@abl-ev.de; Internet: www.abl-ev.de;
Redaktion: Wiebe Erdmanski-Sasse, Ulrich Jasper, Mute Schimpf, Anne Brid Leonhardt; Tel.: 023 81/49 22 89, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: redaktion@bauernstimme.de;
Verlag/ Aboverwaltung: ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung: Vera Thiel, Tel.: 023 81/49 22 88, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.bauernstimme.de; Bankverbindung: KSK Wiedenbrück, Kto: 2031516, BLZ 47853520
Anzeigenannahme bis zum 15. des Vormonats, Kontakt: Vera Thiel, Tel.: 023 81/49 22 88; E-Mail: anzeigen@bauernstimme.de
Erscheinungsweise: monatlich (11 x jährlich)
Abonnementpreis: 36 € jährlich, verbilligt auf Antrag 26 € jährlich
Satz: Gebr. Wilke GmbH, Hamm
Druck: lensing druck, Münster – ISSN-Nr. 0943-4632; Postvertriebsstück 1 K 12858E

Der Koalitionsvertrag

Einige Zitate zur Landwirtschaft aus dem 191 Seiten langen Vertrag

EU-Haushalt: „Wir (...) bekräftigen unsere Position, dass Deutschland nicht mehr als 1 Prozent seines Bruttonationaleinkommens an die EU zahlen sollte. Dafür ist eine Konzentration der Ausgabenstruktur der EU nötig.“ (...) „Am einstimmigen Beschluss der Staats- und Regierungschefs vom Oktober 2002 über die Finanzierung der Ersten Säule der EU-Agrarpolitik hält die Bundesregierung aus Gründen der Planungssicherheit und Verlässlichkeit fest. Die Finanzierung der Zweiten Säule muss ausreichend abgesichert und die gleichgewichtige Entwicklung beider Säulen gewährleistet bleiben.“

Förderung: „Alle landwirtschaftlichen Unternehmen sollen unabhängig von ihrer Betriebsgröße, ihrem Produktionsprofil und ihrer Rechtsform gleichberechtigt nebeneinander wirtschaften können. Größenbezogene Kappungsgrenzen lehnen wir ab.“ „Die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung

der Agrarstruktur und des Küstenschutzes ist zu erhalten. Ziel muss es sein, sowohl die konventionell als auch die ökologisch wirtschaftenden Betriebe zu stärken.“



Neue Länder: „Bei der weiteren Verwaltung und Privatisierung der ehemals volkseigenen Flächen werden wir die agrarstrukturellen Belange der neuen Länder berücksichtigen.“

Bürokratieabbau: „Beim Thema Bürokratieabbau werden wir die EU-Kommission bei der für 2006 geplanten Aufstellung eines Aktionsplanes nachdrücklich unterstüt-

zen und durch einen nationalen Aktionsplan „Stärkung des Agrarstandortes Deutschland durch Innovationsförderung und Bürokratieabbau“ begleiten.“

Sozialversicherungen: „Weiterentwicklung und Reform des gegenwärtigen Rechts der landwirtschaftlichen Kranken- und Unfallversicherung mit den Zielen angemessene Beitragsbelastung und innerlandwirtschaftliche Beitragsgerechtigkeit.“

Saisonarbeitskräfte: „Der in den letzten Jahren erreichte Umfang der mittel- und osteuropäischen Saisonkräfte muss deutlich reduziert und soweit wie möglich durch Vermittlung inländischer Arbeitskräfte ersetzt werden. (...) Die Anmeldung der Saisonarbeitnehmer und die Übermittlung der Beiträge durch deutsche Arbeitgeber an die dortigen Sozialversicherungsträger ist gegenwärtig noch mit erheblichem Aufwand behaftet. Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, dass hierfür möglichst unbürokratische Verfahren entwickelt werden.“

Aktionstag zur Agrotechnik

Am 3. März 2005 wird es einen deutschlandweiten Aktionstag zur Agrotechnik geben. „Die Industrie kündigt den großflächigen Anbau für 2006 an, die neue Regierung passt das Gentechnikgesetz den Industrieinteressen an! Um den Landwirten, der Industrie und der Politik ein Signal zu geben und zu zeigen, dass sie damit nicht durchkommen, soll es einen bundesweiten Aktionstag geben: Der 3. März - vor der Mais-Aussaat, die Mitte/Ende April ansteht. Ob Aktionen vor Landesregierungen, bei Saatguthändlern oder Züchtern, bei Futtermittelhändlern...: Eure Phantasie und Kreativität ist jetzt gefragt“, so der Aufruf.

Weitere Infos:
Annemarie Volling,
Koordination Gentechnikfreie Regionen,
Abl-Büro Lüneburg,
Tel: 04131-400720,
gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de

Neue Regierung will Gen-Bauern von Haftung freistellen

Union und SPD sehen ein neues Gentechnikgesetz vor. Das soll Forschung fördern statt Bauern vor Schäden zu schützen

Am Ende der Koalitionsverhandlungen hat Angela Merkel in den Abschnitt Landwirtschaft persönlich eingegriffen. Entgegen dem noch recht ausgleichenden Formulierungsvorschlag der Arbeitsgruppe von CDU/CSU und SPD steht nun in dem Passus, dass das Gentechnikgesetz geändert und erweitert werden und Forschung und Anwendung fördern soll. Das heutige Gesetz schreibt hingegen fest, dass es die gentechnikfreie Landwirtschaft zu schützen hat.

Herumfliegende Pollen

Union und SPD haben vor allem um die Frage gestritten, wer für Schäden haften soll, die etwa durch herumfliegende Pollen von einem Gentechnikfeld zum konventionell anbauenden Nachbarn fliegen. Im Vertrag steht nun: „Die Bundesregierung wird darauf hinwirken, dass sich die beteiligten Wirtschaftszweige für Schäden, die trotz Einhaltung aller Vorsorgepflichten und der Grundsätze guter fachlicher Praxis eintreten, auf einen Ausgleichsfonds verständigen. Langfristig ist eine Versicherungslösung anzustreben.“

Die Formulierungen belegen, dass zumindest Teile der Union hart daran arbeiten, die Gentechnik-Landwirtschaft künftig systematisch zu privilegieren. Die bisherige Haftung etwa baut auf dem Prinzip auf, dass Verursacher „verschuldensunabhän-

gig“ haften müssen. Dahinter verbirgt sich die Überlegung, dass sich in der Praxis in den wenigsten Fällen zweifelsfrei nachweisen lassen wird, von welchem Feld die Gen-Verschmutzung eines Nachbarackers geschah. Deswegen sollen die „Gen-Landwirte“ laut bisherigem Recht das Risiko gemeinsam schultern. Teile der Union betrachten dies als ein Hemmnis für den Gen-Anbau. Nach dem Willen der Koalitionspartner soll künftig jeder Bauer, der einen Schadensfall erleidet, seinem Gen-Nachbarn beweisen, dass dieser Anbauvorschriften und Vorsorgepflichten verletzt hat. Kann er das nicht gerichtsfest nachweisen, gilt der Gen-Landwirt als unschuldig. Schwarz-rot würde damit den Gentechnik-Anwendern einen Freifahrtschein ausstellen.

„Ausgleichs“-Fonds

Für Schäden, die Gen-Landwirte trotz Einhaltung der guten fachlichen Praxis anrichten, soll nach den Plänen ein Fonds aufkommen, in den „die beteiligten Wirtschaftszweige“, also zumindest Pflanzenzüchter und Agro-Industrie, einzahlen sollen. Hinter der Umbenennung von Haftungs- in Ausgleichsfonds steckt Kalkül: Eine Ausgleichszahlung muss nicht unbedingt alle Schäden ersetzen. Zudem drohen Bauern zu Antrags- und Bittstellern

gegenüber einem Fonds zu werden, bei dem die Industrie den Hut auf hat.

Schwarz-Rot hat noch einen letzten Satz in den Biotechnologieabschnitt des Vertrages geschrieben. Angela Merkel, die den Argumenten von BASF-Chef Jürgen Hambrecht stets aufgeschlossen gegenüber steht, achtete darauf, dass Forscher von der Haftung für ihre Experimente am pflanzlichen Erbgut freigestellt werden sollen. Genkonstrukte von genmanipulierten Pflanzen und Saaten sollen künftig straffrei in die Umwelt entweichen dürfen, solange dies innerhalb eines Forschungsprojektes geschieht.

Noch nicht gelaufen

Noch ist unklar, welche Rolle der künftige Agrar- und Verbraucherschutzminister Horst Seehofer spielen will. Falls er die gentechnikfreie Landwirtschaft schützen will, muss er sich gegenüber dem eigenen Lager durchsetzen. Gänzlich abgeneigt gegenüber diesem Ziel zeigte er sich während der Verhandlungen nicht. Ein neuer Gesetzentwurf könnte frühestens Anfang des Jahres vorliegen. Die Auseinandersetzung über das, was wirklich im neuen Gesetz steht, fängt mit dem Vertrag somit erst an. Dabei wird auch eine Rolle spielen, wie laut sich Bäuerinnen und Bauern zu Wort melden, die weiterhin gentechnikfrei arbeiten wollen.

Tina Loeffelbein

KLB: Sozialversicherungssystem erhalten

Die Katholische Landvolkbewegung (KLB) hat sich dafür ausgesprochen, das eigenständige System der Landwirtschaftlichen Sozialversicherungen (LSV) zu erhalten, allerdings seien Reformen in der Selbstverwaltung und bei der Beitrags- und Leistungsgestaltung erforderlich. Zu dieser Einschätzung kam der Arbeitskreis Landwirtschaft, Umwelt, Raumordnung der KLB auf seiner letzten Sitzung in Fulda. Mit Blick auf notwendige Sparmaßnahmen des Bundes sieht die KLB keine Vorteile einer Integration der landwirtschaftlichen Sozialversicherungen in das System der allgemeinen gesetzlichen Versicherungen. Der Strukturwandel gehe zwar weiter und, verbunden mit dem demographischen Wandel, habe das Verhältnis von Beitragszahler zu Empfänger mittlerweile ein Missverhältnis von 1 zu 1,98 erreicht, dessen Finanzierung über 70 Prozent des Bundes-Agrarhaushaltes ausmache. Kostenvorteile für den Bund durch eine Auflösung des Systems seien jedoch nicht zu erwarten. Zudem seien die notwendigen spezifischen Leistungen für die Berufsgruppe Landwirtschaft mit einem großen Anteil Selbstständiger mit keinem anderen System möglich. Die KLB fordert mehr Transparenz und Vergleichbarkeit der Beitrags- und Leistungsgestaltung der einzelnen selbstständigen Gebietskörperschaften und eine offene Diskussion über einen solidarischen Finanzausgleich „reicher“ und „armer“ Sozialversicherungsträger in der LSV. Das betreffe besonders die Berufsgenossenschaften. *pm*

Neue Staatssekretäre

Nach den Ministern werden nun auch die beamteten und die Parlamentarischen Staatssekretäre für die Ministerien benannt. Der beamtete Staatssekretär wird auch als Amtschef bezeichnet und gilt als der wichtigste Posten neben dem Ministeramt selbst. Dieses Amt soll im künftigen Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) Gert Lindemann (58) ausführen. Der Jurist hat eine lange Berufserfahrung im niedersächsischen Landwirtschaftsministerium und ist dort seit 2003 Staatssekretär. Als Parlamentarische Staatssekretäre, die vor allem für die Kommunikation zwischen Ministerium und Bundestag zuständig sind, aber keine direkte Weisungsbefugnis für das Ministerium haben, sind für das BMELV Dr. Peter Paziorek (CDU) und Dr. Gerd Müller (CSU) im Gespräch. Paziorek war bislang umweltpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion, der Wirtschaftspädagoge Müller ist fachfremd. Im Bundesumweltministerium von Minister Sigmar Gabriel soll der frühere Bundesgeschäftsführer der SPD, Matthias Machnig, Staatssekretär werden. Für die Parlamentarischen Staatssekretäre werden hier der bisherige Fraktionsvize der SPD Michael Müller und die saarländische SPD-Abgeordnete Astrid Klug genannt. *uj*

Höhn soll Ausschuss leiten

Bärbel Höhn, bis Mai 2005 noch nordrhein-westfälische Umwelt- und Landwirtschaftsministerin, soll nach dem Wunsch der Grünen-Bundestagsfraktion Vorsitzende des Agrarausschusses des Bundestages in der neuen Legislatur werden. Höhn hatte sich nach der NRW-Landtagswahl, bei neben der SPD auch die Grünen relativ schlecht abgeschnitten hatten und aus der Regierungsverantwortung ausschieden, dazu entschlossen, bei der vorgezogenen Bundestagswahl als Spitzenkandidatin der NRW-Grünen anzutreten. Als Neumitglied der Berliner Fraktion hatte sie es nun schwer, in die Fraktionsspitze hereinzukommen. Wie zu hören ist, soll Renate Künast sich dafür eingesetzt haben, dass Höhn Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft wird und damit der bisherigen Vorsitzenden Herta Däubler-Gmelin (SPD) nachfolgt. Künast selbst ist seit Oktober Fraktionsvorsitzende der Grünen. *uj*

Künast jetzt für Kürzungen

Kaum aus dem Amt, ändern sich bei einigen sehr schnell die Aussagen. Ein Beispiel dafür gibt ein Interview, das die frühere Ministerin Renate Künast (Grüne) der Financial Times Deutschland gab. Der sagte sie: „Je niedriger der europäische Haushalt, desto besser.“ Künast unterstützt die Strategie der Nettozahlerländer, „dass nur ein Prozent einer Volkswirtschaft an Brüssel gehen soll“. Das „mittelfristige Ziel“ müsse sein, „dass die Direktzahlungen an die Bauern weiter runtergehen.“ Auf dem DBV-Bauerntag 2005 in Rostock klang das noch anders: „Wer wie Frau Merkel sagt: Zu viel Agrar. Zu wenig Zukunft – der hat nichts verstanden, hat Europa nicht begriffen.“ *uj*

Kurzes am Rande

NRW will Bauern bei Schäden nicht alleine lassen

Zur Gentechnik widerspricht Staatssekretär vor AbL der Berliner Koalition

Der Staatssekretär des nordrhein-westfälischen und CDU-geführten Landwirtschaftsministeriums Dr. Alexander Schink hat sich zur Gentechnik von dem Berliner Koalitionsvertrag mit einigen Aussagen deutlich distanziert. Schink sagte auf einer Versammlung der Landes-AbL, dass die Bauern mit Schäden, die durch den Anbau von gentechnisch veränderten Pflan-

„Wir wollen uns in NRW nicht abkoppeln von internationalen Entwicklungen“, die Anwendung der Gentechnik zu ermöglichen, bringe Wahlfreiheit und diene der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft. Gleichzeitig setze sich sein Ministerium, das schließlich auch für Verbraucherschutz zuständig sei, auch dafür ein, dass die Kennzeichnung von gentechnischen Verän-



Auf Beifall, aber auch Skepsis stieß NRW-Staatssekretär Dr. Schink bei der AbL.

Foto: Jasper

zen auf Nachbarfeldern entstehen, nicht alleine gelassen werden dürften. Auch dürfe es nicht zu einer Umkehr der Beweislast kommen. Finanziert werden solle das zwar durch einen Haftungsfonds. Aber der dürfe nicht erst einsetzen, wenn eine klare Kausalität z. B. zwischen einem bestimmten Anbau und einem bestimmten Schaden nachgewiesen sei. „Wenn es einen Fonds gibt, dann muss er für alle Schäden ohne Kausalitätsbedingung aufkommen“, so Schink, „denn sonst würde das eine Umkehr der Beweislast bedeuten.“ Die lehnt der gelernte Jurist ab. Solange es keinen Haftungsfonds gebe, der für Schäden aufkomme, sei die gesamtschuldnerische Haftungsregelung des derzeit gültigen Gentechnikgesetzes beizubehalten.

Für diese Äußerungen erntete Schink Beifall von AbL-Mitgliedern, aber auch viel Skepsis. Sieht doch der Berliner Koalitionsvertrag vor, dass Landwirte, die gentechnisch veränderte Pflanzen anbauen, aus der Haftung für Schäden bei Nachbarn ausgeschlossen werden sollen, sofern ihnen ein Verstoß gegen die gute fachliche Praxis nicht nachgewiesen werden kann. Das ist nicht nur eine Umkehr der Beweislast zulaufen jener, die gentechnikfrei wirtschaften wollen, sondern auch eine faktische Haftungs-Freistellung (siehe Seite 3).

Der NRW-Staatssekretär zeigte sich auch nicht als Gegner der Agro-Gentechnik.

derungen ausgeweitet werde, auch auf den Bereich der tierischen Produkte. Diese Produkte wie Milch, Fleisch, Eier müssen bislang nicht gekennzeichnet werden, auch wenn die Tiere mit Gen-Futtermitteln gefüttert wurden. Schink schränkte ein, dass das eine Frage auf europäischer Ebene sei, aber auch da könne man etwas bewegen.

Nicht nur die Gentechnik war Thema des Abends. Auch auf das Förderprogramm Ländlicher Raum etwa ging der seit Mai 2005 im Amt befindliche Staatssekretär ein. Daran werde sich im nächsten Jahr schon deshalb kaum etwas ändern, weil rund 100 Mio. Euro der insgesamt 120 Mio. Euro des Programms schon durch alte Maßnahmen-Verträge gebunden seien. Allerdings werde es im Jahr 2006 keine neuen Vertragsabschlüsse geben, um Handlungsspielraum für neue Gewichtungen zu bekommen. Das wird auch z.B. Betriebsumstellungen auf Extensivierung oder Ökolandbau treffen. Wie die Programmplanung für die Jahr ab 2007 ausfalle, hänge wesentlich davon ab, auf welche Finanzplanung die EU sich für den Zeitraum 2007 bis 2013 einige. Aber auch sein Ministerium selbst müsse einen Beitrag zum Abbau der Verschuldung des Landes beitragen. Wo genau gespart werde, ließ Schink noch offen.

Castor aufgehalten

Der Widerstand der Bäuerlichen Notgemeinschaft ist ungebrochen

Dem jüngsten Castor-Transport ins Wendland hat sich die Bäuerliche Notgemeinschaft mit mehreren Aktionen in den Weg gestellt. 160 Schlepper kümmerten sich um das Demonstrationsverbotes nicht so recht und wurden in der Ortschaft Klein Gusborn am Sonntag abgestellt. Zwölf Stunden brauchte die Polizei, um die zu den Traktoren passenden Schlüssel zu finden; mehr als 70 Trecker seien sichergestellt worden, teilte die Polizei später mit. Das war zu einem Zeitpunkt, als der Castor noch lange nicht in Dannenberg zu sehen war.

Auf seinem letzten Stück zwischen Dannenberg und der Lagerhalle wurden die Tieflader mit der gefährlichen Fracht dann

von einer weiteren Schlepper-Blockade aufgehalten. In Grippel hatten sich 17 Mitglieder der Bäuerlichen Notgemeinschaft mit ihren Armen innerhalb von Betonblöcken angekettet, die vorn, hinten und seitwärts an zwei Trecker montiert waren. Auch innerhalb der Motorblöcke hatten sie die Arme fixiert. Sie versperren damit bei Minusgraden erfolgreich 12 Stunden lang die Fahrtroute der 12 Castoren, ehe ein großes technisches Polizeiaufgebot die Strecke räumen konnte, indem sie in einer gefährlichen Aktion Trecker und Bauern gemeinsam anhub, auf Rollen setzte und beiseite zog. Der AbL-Bundesgeschäftsführer Georg Janßen war einer der Aktiven auch dieser Aktion. Am Morgen, bevor An-



12 Stunden brauchte die Polizei, um 160 Trecker von der Straße zu räumen.

gela Merkel zur Kanzlerin gewählt wurde, kamen die Castoren an ihr (vorläufiges) Ziel.

Mehrheit will Zuckermarkt liberalisieren

Deutsche Zuckerwirtschaft und Bauernverband insgeheim dafür

Kurz vor Redaktionsschluss kamen in Brüssel die Agrarminister der EU zusammen, um eine Reform der EU-Zuckermarktordnung zu beschließen. Ein Kompromissvorschlag der Briten sah vor, dass die Preissenkung für Zuckerrüben nicht kleiner, als von der EU-Kommission im Juni 2005 vorgeschlagen, ausfallen, sondern lediglich auf vier statt zwei Jahresschritte verteilt werden solle. Gleichzeitig solle der Umstrukturierungsfonds ausgeweitet und daraus in stärkerem Maße als vorgeschlagen Zuckerbauern entschädigt werden, die aus der Rübenerzeugung aussteigen.

Die von der WTO geforderte drastische Senkung der gestützten Zuckerexporte aus der EU lässt sich auch über Quotenkürzungen erreichen, wie u.a. von der AbL vorgeschlagen. Während dieser Weg bei Rübenaubauern wie entwicklungspolitischen Organisationen auf viel Beifall stößt, lehnen EU-Kommission und Agrarrat das rundweg ab. Damit bleibt nur der Weg, den Preis für die Rübe so weit zu senken, dass in der EU viele Standorte aufgegeben werden und gleichzeitig der EU-Markt für die Entwicklungsländer unattraktiv wird, die ab 2009 zollfrei in die EU liefern dürfen.

Die Zustimmung Deutschlands für diesen Weg ist dabei abgestimmt mit der Zuckerwirtschaft, einschließlich Bauernverband. Die Zuckerindustrie ließ sich von dem geplanten Umstrukturierungsfonds locken, aus dem vier Jahre lang die Schließung und Umstrukturierung von unrentablen Zuckerfabriken bezahlt werden soll. Die über 4 Milliarden Euro dafür sollen finanziert werden aus der Differenz zwischen gesenktem Rübepreis und dem etwas länger auf höherem Niveau verbleibenden Zuckerpreis für Verbraucher und Industrie. Was dann bleibt, ist ein gesenkter Rübepreis. *uj*

Länder streiten weiter um Milchquoten

Abstimmung über Saldierung und Börsenzuschnitt vertagt

Im Agrarausschuss des Bundesrates ist es Anfang November nicht zu einer Einigung der Bundesländer darüber gekommen, ob und gegebenenfalls wie die Milchquoten-Regelungen verändert werden sollen. Im Ziel zeigen sich alle einig, dass nämlich mit einer Einschränkung der Saldierung von Über- und Unterlieferungen ein Überliefern der einzelbetrieblichen Quoten unattraktiver gemacht werden soll. Besonders Betriebe, die mit Blick auf die Saldierung darauf spekulieren, dass Kollegen ihre Quote nicht ausschöpfen, und dann ihre Quote erheblich überliefern, sollen mit der Saldierungs-Beschränkung stärker an den Strafgebühren beteiligt werden. Doch wie stark die Verrechnung von Unter- und Überlieferungen, die bisher auf Molkerei- und Bundesebene erfolgt, eingeschränkt

werden soll, darüber haben die verschiedenen Bundesländer weiterhin unterschiedliche Meinungen. Bayern etwa will die Saldierung auf Molkereiebene ab dem 1.4.2006 für zunächst zwei Jahre abschaffen. Nordwestliche Länder wollen die Molkereisaldierung unbefristet aufheben. Hessen wiederum will nicht nur die Molkerei-, sondern auch die Bundessaldierung aufheben, allerdings erst mal für ein Jahr. Schleswig-Holstein und Niedersachsen wollen die Bundessaldierung nicht antasten und wollen einer Abschaffung der Molkereisaldierung nur zustimmen, wenn aus den heute 21 Quoten-Börsen eine bundesweite wird. Damit sollen die Quotenkosten gesenkt werden, hoffen die Nordwestdeutschen. Baden-Württemberg ist da zurückhaltend, weil es die Gefahr sieht, dass dann

Milchproduktion aus dem Land herausgekauft wird. Nordrhein-Westfalen hat als Kompromissangebot vorgeschlagen, für eine Übergangszeit zwei Börsen zu bilden, eine für den Westen, eine für den Norden, und die Molkereisaldierung nicht abzuschaffen, sondern auf 10 Prozent der Betriebsquote zu begrenzen. Doch auch der Vorschlag findet noch keine Mehrheit. Aus der Uneinigkeit zog der Bundesrat den Schluss, das Thema in diesem Jahr lieber nicht mehr zur Abstimmung zu stellen, sondern eine Entscheidung auf das nächste Jahr zu schieben. *uj*

Nächste Überlieferung

Nachdem im letzten Milchwirtschaftsjahr 2004/2005 (April-März) die Deutschland insgesamt zugestandenene Milchquoten um 1,4 Prozent überschritten worden war, zeichnet sich auch im laufenden Jahr bisher eine Überlieferung ab. Laut Zentraler Markt- und Preisberichtsstelle (ZMP) lagen die Milchlieferungen an die Molkereien in der ersten Hälfte des Quotenjahres 2005/06 um ein Prozent über der anteiligen Garantiemenge. Damit seien die Quotenüberschreitungen bislang sogar noch wesentlich ausgeprägter als im vorigen Jahr um die gleiche Zeit, so die ZMP. Wenn Superabgaben noch vermieden werden sollen, müsse das Milchaufkommen in den verbleibenden Monaten bis Ende März auf gut zwei Prozent unter das Vorjahresniveau gedrückt werden.

Bündelung, Lieferstopp und Mengenregulierung

Diese Punkte haben europäische Bauernorganisationen in Salzburg zu ihren drei Hauptinstrumenten auf dem Weg zum höheren Milchpreis erklärt

Vertreter von 16 Milchbauern-Organisationen sind der Einladung der IG-Milch nach Salzburg gefolgt. Es ist das vierte Treffen dieser Art, nach Hamburg, Amsterdam und Billund. Die Milchsituation hat sich nirgendwo verbessert, und die Entschlossenheit, aber auch die Geschlossen-

Verhandlungen zu treten, wenn er mindestens 50 Prozent der deutschen Milchviehhalter vertritt und außerdem die Beteiligung der europäischen Nachbarn gesichert ist. Letzteres scheint unerlässlich, um ein Ausspielen der Milchviehhalter, also den Kauf von Milch in Frankreich oder Österreich zu vermeiden.

In diesen Nachbarländern ist man ebenfalls dabei, die Milchviehhalter unter einem Dach zu vereinen. Die IG-Milch und einige Schweizer Bauernorganisationen gewinnen immer mehr Mitglieder. Über eine Flagge beziehungsweise eine Tafel verkünden diese ihre Unterstützung der Forderung nach 40 Cent je Liter und ihre Bereitschaft zum Milchstreik. In Frankreich, Italien und Spanien ist die Vorgehensweise wieder anders: Durch Aktionen wird das Milchthema in die Öffentlichkeit getragen, Milchbauern werden zum Mitmachen motiviert.

Entscheidend ist, dass sich im Kopf der Milchbauern Mut und Vertrauen in die eigene Macht entwickelt. Die Milchbauern werden gebraucht von der Gesellschaft, von den Molkereien. Denn ohne sie gibt es keine Milch.

Notfalls Streik

Dieser Sachverhalt muss den Molkereien und der Politik klar gemacht werden. Da Verhandlungen nicht ausreichen und der Milchpreis immer weiter gedrückt wird, muss ein europaweiter Milchlieferstopp plastisch zeigen, was passiert, wenn die Milchviehhalter sich entschließen, zu den gegenwärtigen Bedingungen keine Milch mehr zu liefern. Das heißt in einigen Ländern, dass die Bauern ihre Milch nicht abgeben, und in anderen die Blockade von Molkereien oder Milchwagen. So kann nachhaltig Druck ausgeübt und die Verhandlungsposition der Milchbauern gegenüber den Molkereien gestärkt werden. Auch der Politik dürfte so deutlicher werden, dass ihre Stoßrichtung „Weltmarktpreisniveau für Milch“ weder durchsetzungsfähig noch legitim ist.

Milchmenge anpassen

Doch allen Teilnehmern in Salzburg ist klar, dass eine Preisforderung völlig losgelöst von den Marktbedingungen nicht möglich ist. Derzeit besteht in Europa eine Überproduktion von bis zu 15 Prozent. Die Überschüsse weiterhin auf den Weltmarkt zu dumpten ist nicht nur unfairer Wettbewerb, sondern angesichts des Abbaus der Exportsubventionen in Zukunft schlicht unmöglich. Die Milchmenge in Europa muss deshalb reduziert werden. Das Modell des freiwilligen Lieferverzichts (BDM) könnte Milchviehaltern die Möglichkeit geben, ihre Milchproduktion wäh-

rend eines Jahres um bis zu 20 Prozent zu reduzieren und für die nicht produzierte Milchmenge eine Entschädigung erhalten. Finanziert werden könnte solch ein europaweites Verfahren aus den Superabgaben, der Milchprämie oder anteilig durch alle Milchviehhalter.

Die Niederländer warfen die Frage auf, wie die Milchbauern den Milchmarkt gezielt steuern können, um zeitweise Überschussproduktionen abzufedern, und was passiert, wenn der EU-Außenschutz fällt. Andere argumentieren dagegen, zuviel produzieren. Stattdessen ginge es darum, genau so viel Milch zu produzieren, wie der europäische Markt beziehungsweise der Hochqualitätsweltmarkt an Menge nachfragt.

Die Rolle der Politik

Die 1,5 Prozent zusätzlichen Quoten ab 2006 nicht ausschütten, sondern die europäische Milchquote zu senken – das ist ein mögliches Instrument der Politik, um den Kampf der Milchbauern um einen höheren Milchpreis zu unterstützen. Andere Instrumente sind Abschaffung des Interventionspreises, Beschränkung oder Abschaffung der Saldierung. Doch viele Organisationen in Salzburg haben zum jetzigen Zeitpunkt die Hoffnung auf eine erfolgreiche Beeinflussung der Politik verloren.



Gut gelaunte Teilnehmer des Salzburger Treffens mit der Schweizer Flagge «Ja zum Milchstreik»
Fotos: Korpeter

senheit der Organisationen, etwas dagegen zu unternehmen, wächst.

Sich zusammen tun

Am wichtigsten bleibt der Gedanke, Milchviehhalter zu bündeln, auf nationaler und auf europäischer Ebene. Die Milchviehhalter müssen als eine große Gruppe agieren, um als starke Verhandlungspartner der Molkereien oder der Politik wahrgenommen zu werden.

In Belgien, Holland und Deutschland leisten die jeweiligen Organisationen Aufklärungsarbeit und versuchen, die Milchvieh-



Die gemeinsame Flagge – sichtbares Symbol der europäischen Zusammenarbeit der Milchviehhalter für einen kostendeckenden Milchpreis

halter über das Verhandlungsmandat einzubinden. Bei diesem Modell unterschreiben die Mitglieder, dass sie bereit sind, die Verhandlung über den Preis ihrer Milch der Organisation – in Deutschland dem Bund deutscher Milchviehhalter (BDM) – zu überlassen und im Falle eines zu geringen Preises in einen Lieferstreik zu treten. Der BDM wiederum verpflichtet sich, erst mit dem Verband der Molkereiwirtschaft in



Romuald Schaber argumentiert für die sorgfältige Vorbereitung des europaweiten Milchstreiks

Aber die Erwartung ist groß, dass sich diese Situation ändert, wenn die Milchviehhalter sich zusammenschließen und gemeinsam ihre Machtposition nutzen. Dann sei die Politik gezwungen, ihre Interessen wieder ernster zu nehmen. Ein ganz wichtiger Punkt sei die Aufrechterhaltung des Außenschutzes. Nur so sei es auf Dauer möglich, eine sichere Nahrungsmittelerzeugung zu gewährleisten, die Umwelt, Mensch und Tier gut behandelt. Dies liege auch im Interesse der Gesellschaft. Neben der Konzentration auf die eigenen Stärken sei es somit für die Milchviehhalterverbände wichtig, den Kontakt zu anderen gesellschaftlichen Gruppen zu suchen.

Sonja Korpeter

European Milk Board

European Milk Board, was auf deutsch frei mit „Europäischer Milchrat“ übersetzt werden kann, ist der neue Name des europäischen Netzwerkes. Eine Internetseite und eine gemeinsame Flagge werden bald in allen Ländern von den europäischen Aktivitäten der Milchviehhalter zeugen.

Eine sechsköpfige Koordinierungsgruppe setzt sich in den nächsten Monaten gemeinsam für eine kontinuierliche Strukturierung der Zusammenarbeit der europäischen Milchbauern ein: Niels Lund (Dänemark), Romuald Schaber (Deutschland), Jean Cabaret (Frankreich), Ernst Halbmayer (Österreich), Eifion Huws (GB) und Roberto Cavaliere (Italien). sk

Die anderen machen's ja auch

Deutschland, Frankreich und Österreich wollen die 1,5 Prozent neuen Quoten an den Markt lassen. Die Argumente sind teilweise sehr schlicht

In allen EU-Ländern, die von der Ausdehnung der Milchquote um 1,5 Prozent betroffen sind, muss innerhalb der nächsten Monate entschieden werden, was mit den zusätzlichen Milchquoten geschieht. In Deutschland hat die Agrarministerkonferenz bereits für eine Ausschüttung der Quoten in drei Schritten gestimmt. Bund und Bundesrat müssen die endgültige Entscheidung fällen. Noch besteht Handlungsspielraum.

Österreich

In Österreich wird die Frage der Austeilung der zusätzlichen EU-Quoten öffentlich diskutiert. In Fachzeitschriften lässt man sich über das Für und Wider aus. Im Prinzip sind sich Bauernbund und Politik jedoch einig: Die zusätzlichen Quoten sollen ausgeteilt werden.

Die anderen EU-Länder, vor allem Deutschland, seien entschlossen, die Quoten an die Milcherzeuger weiter zu geben. Eine Nichtausteilung der Quoten in Österreich würde daher einen Nachteil für die österreichischen Bauern bedeuten, so die Argumentation. Außerdem wird behauptet, dass die an die Quote gekoppelten Milchprämien bei einer Nichtausteilung verloren gingen, was aus Sicht der AbL vom EU-Recht her überhaupt nicht zwingend ist. Die österreichische IG-Milch grenzt sich von dieser Position klar ab und fordert, wie auch die AbL, die Quoten in die nationale Reserve zu legen und sie effektiv aus der Saldierung rauszuhalten.

Frankreich

In Frankreich gibt es, ähnlich wie in Deutschland, noch keine endgültige politische Entscheidung zur Quotenerhöhung. In dem nationalen Milchgremium ONILAIT, in dem neben der Verwaltung, Genossenschaften und privaten Molkereien auch Bauernorganisationen vertreten sind, wurden unterschiedliche Varianten diskutiert, auch das Parken der zusätzlichen Quoten in der nationale Reserve. Doch wird diese Option sehr vage formuliert und kein Zeitraum genannt, für wie lange etwa das dann gelten sollte. Beobachter gehen deshalb davon aus, dass sich die französische Regierung im Prinzip bereits für die Austeilung der Quoten entschieden hat. Auch hier ist als Argument zu hören, dass die französischen Bauern einen Wettbewerbsnachteil hätten, wenn die Quote in den anderen europäischen Ländern verteilt würde. (Außerdem sollte beispielsweise zunächst Deutschland seine Überlieferung in den Griff bekommen, bevor französische Bauern Opfer brächten.)

Dreiste Molkereien

Die Genossenschaftsmolkereien in Frankreich bringen einen weiteren Gedanken in die Diskussion ein: Wenn die Quote nun verteilt würde, dann sei diese Menge von den Bauern fast ohne Mehraufwand zu produzieren und solle deshalb zu einem niedrigeren Preis abgenommen werden. Klar, dass Yves Leperlier, ONILAIT-Vertreter der Confédération Paysanne, das strikt ablehnt. Aus seiner Sicht besteht auch die Gefahr, dass die Quoten nur an bestimmte Erzeugergruppe abgegeben werden, beispielsweise an Milcherzeuger, aus deren Milch hochpreisige AOC-Produkte hergestellt werden, also zum Beispiel Camembert aus der Normandie. Der Markt für solche Produkte ist jedoch begrenzt und schon jetzt verarbeitet seine Molkerei nur noch 60 statt zuvor 80 Prozent ihrer Produkte zu AOC-Produkten. Die Confédération Paysanne ist angesichts der bestehenden Marktlage eindeutig gegen die Ausschüttung der Quoten und fordert von der Politik, diese nicht an die Erzeuger abzugeben.

Fazit

Die bestehende Überproduktion an Milch in der EU sollte auf keinen Fall durch eine Quotenausdehnung verschlimmert werden. Dieser Sachverhalt ist allen Beteiligten klar. Um nicht direkt auf das Ziel dieser Politik, die Senkung der Milchpreise auf Weltmarktpreisniveau, zu sprechen zu kommen, beruft man sich auf die mangelnde Handlungsbereitschaft der anderen Länder und zieht sich damit aus der Verantwortung. Es entsteht der Eindruck, als habe das einzelne Land gar keinen Handlungsspielraum. Doch das stimmt nicht. Die Länder haben die Möglichkeit, die Quoten in die nationale Reserve einzulagern. Wenn die Agrarminister Frankreichs und Deutschlands sich gemeinsam für die Interessen der Milchviehhalter einsetzen würden, dann würde nicht nur über die Hälfte der zusätzlichen Quoten vom Markt fern gehalten, sondern die Logik der Quotenausdehnung auf EU-Ebene neu zur Diskussion gestellt werden. Deshalb ist es aus Sicht der AbL so wichtig, dass die Milchviehhalter ihre Interessen den Politikern direkt vorbringen (siehe Aktionsaufruf in der rechten Spalte).

Sonja Korpeter

Kurzes am Rande



Am 19. Oktober, dem europäischen Aktionstag zu Milch, forderten Milchbauern in Galizien einen Mindestpreis für Milch. Foto: SLG, Galizien

Zwei Drittel der Kühe in Laufställen

Zwei Drittel aller in Deutschland gehaltenen Milchkühe werden in Laufställen gehalten. Das wurde laut „aid“ im Rahmen der Viehbestandserhebung 2004 ermittelt. Der Anteil der Laufstallhaltung liege in Betrieben mit 50 und mehr Kühen bei über 90 Prozent und nehme mit der Bestandsgröße ab. Bei Neuinvestitionen würden in der Regel Laufställe gebaut. 78 Prozent aller Milchkühe stünden in Haltungsverfahren mit Güllesystemen. pm

Teure Stoffwechselprobleme

Durchschnittlich 11.000 Euro an Kosten fallen durch Stoffwechselprobleme in einem niederländischen 70-Kuh-Betrieb an, mit einer Spannweite im Einzelfall von 700 Euro bis zu 22.000 Euro. Das ist laut agriholland das Ergebnis einer Untersuchung des Futtermittelherstellers Hendrix UTD. pm

Tiergesundheitspläne für Biobetriebe

Drei Projekte zur Tiergesundheit starten im Dezember im Rahmen des Bundesprogramms Ökologischer Landbau (BÖL). Für jeweils zwanzig ausgewählte Milchvieh-, Legehennen- und Ferkelerzeuger-Betriebe werden individuelle Tiergesundheitspläne erstellt, praktisch erprobt und darauf überprüft, ob sich auf diesem Weg das Gesundheitsniveau spürbar und dauerhaft verbessern lässt. Die „Optimierungspläne“ werden zusammen mit den Betriebsleitern, den Hoftierärzten und der Spezialberatung erarbeitet. Sie beinhalten insbesondere vorbeugende Maßnahmen etwa im Bereich der Stallhygiene, aber auch kontinuierlich umzusetzende Handlungsanweisungen z. B. zur Früherkennung von Krankheiten. Ziel der Projekte, die in Zusammenarbeit mit dem Anbauverband Bioland durchgeführt werden, ist es, zielgerichtete Beratungsempfehlungen zur Umsetzung von Tiergesundheitsplänen für alle Öko-Betriebe zu entwickeln. Mehrere bereits abgeschlossene BÖL-Projekte haben Schwachstellen im Hinblick auf die Tiergesundheit und den Bedarf an Wissensvermittlung in den Betrieben gezeigt. Um landwirtschaftliche Nutztiere gesund und leistungsfähig zu halten, reichen möglichst artgerechte Haltungsbedingungen alleine nicht aus. Wenn aber knappe Arbeitskapazität die aufmerksame Tierbeobachtung erschwert, die Fachkenntnis zur Erkennung von beginnenden Schäden und Krankheiten fehlt oder das Bewusstsein für vorbeugende Maßnahmen nicht ausreichend vorhanden ist, bekommen Betriebe schnell ein Problem. Die Auswirkungen sind in Öko-Betrieben wegen des restriktiven Medikamenten-Einsatzes besonders groß. Informationen zu den Projekten unter www.bundesprogramm-okolandbau.de/Projektliste.htm, Projektnummern: 03OE406, 05OE013, 05OE019. il

Aktionsaufruf: E-Mails an Minister

Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) hat bei dem Treffen der europäischen Milchviehhaltverbände in Salzburg den Vorschlag gemacht, eine gemeinsame E-Mail-Aktion zu starten. Milchbäuerinnen und Milchbauern werden aufgerufen, per E-Mail ihrem Agrarminister - und dem der EU-Nachbarländer - mitzuteilen, dass sie die geplante Quotenerhöhung ablehnen. So bekommt bald der französische Minister einen Brief von Bauern aus Österreich, Deutschland und Dänemark, Herr Seehofer Post aus Schweden, Italien und der Schweiz und so weiter. Ein Brieftext und die jeweiligen Adressen können unter eupeanmilkfarmers@yahoo.com angefordert werden. Bitte beteiligen Sie sich zahlreich und sagen Sie den Ministern Ihre Meinung! sk



AbL-Bayern: „Zukunftshöfe“

Die AbL-Bayern hat eine neue Broschüre herausgebracht, mit dem Titel „Zukunftshöfe – Einkommenskombinationen und neue Wege für die Landwirtschaft – am Beispiel der Region Chiemgau-Inn-Salzach“. Die Broschüre will Perspektiven jenseits der Logik vom „Wachsen oder Weichen“ und konkrete Beispiele für andere Wege der Existenzsicherung aufzeigen. In

elf Beispielporraits wird die große Bandbreite der Möglichkeiten dargestellt: von klassischen Formen wie dem Urlaub auf dem Bauernhof bis zu besonderen Nischen wie der Mondholzvermarktung, von sehr kapitalintensiven Erwerbszweigen wie dem Lohnunternehmen bis hin zum Backspezialitäten, wo die eigenen Fähigkeiten fast das einzige eingesetzte „Kapital“ sind. Angesprochen werden nicht nur die wirtschaftlichen Aspekte der Einkommenssicherung, sondern gerade auch weiche Faktoren wie die Qualität der Arbeit und die Lust an der Verwirklichung eigener Ideen. Weitere Inhalte sind Strategien und Wirtschaftlichkeitsberechnungen sowie Potentialbeispiele, die noch nicht oder selten in die Praxis umgesetzt sind, für die aber ein großes Potential in der Region besteht (z.B. sozialtherapeutischer Bereich). Das Projekt wurde über Region aktiv vom BMVEL gefördert.

Die Broschüre (60 Seiten DIN A4) kann unentgeltlich gegen frankierten Rückumschlag bestellt werden bei: Landesgeschäftsstelle der AbL-Bayern, Reit 17, 84508 Burgkirchen/Alz, abl-bayern@web.de.

Von Gerichtsvollziehern und Vollzugsbeamten

Mit diesen beiden Berufsgruppen hat die französische Confédération Paysanne zur Zeit oft zu tun. In den letzten Wochen fanden mehrere Gerichtsverhandlungen zu Zerstörungen von gentechnisch veränderten Pflanzen statt. Auch wenn Plädoyers und Reden während und um diese Prozesse auf einem hohen Niveau geführt werden und sie die Problematik der Gentechnik in der Landwirtschaft in die Öffentlichkeit tragen, bringen sie doch herbe Schläge für ihre Aktivisten. José Bové wurde zu 4 Monaten Gefängnis für das Ausreißen von Genmais im Juli 2004 in einem Ort in Süd-West-Frankreich verurteilt. Dieses Urteil kam überraschend. Der Staatsanwalt hatte vorgeschlagen, dem Angeklagten für ein Jahr die Bürgerrechte zu entziehen. Neben ihm wurden mehrere Politiker der Grünen zu Gefängnisstrafen auf Bewährung verurteilt. Außerdem sollen die acht Aktivisten gemeinsam 110.000 Euro Schadensersatz an PIONEER zahlen. Zeitgleich kam Monsanto in Gestalt eines Anwalts auf die Confédération Paysanne zu und forderte die 196.500 Euro, zu deren Zahlung die Gewerkschaft zwei Jahre zuvor verurteilt wurde. sk

„New GENERation“

Unter dem Titel „New GENERation“ veranstaltet die BUKO Agrar Koordination einen Kunstwettbewerb für Schüler und Studenten zwischen 15 und 25 Jahren. Gefragt sind eigene, kreative Ideen in Form von Bildern, Fotos, Collagen oder Filmsequenzen zum Thema Gentechnik in Landwirtschaft und Ernährung. Als Preise winken eine öffentliche Ausstellung und einmal 300, einmal 200 und einmal 100 Euro. Bewerbungsschluss ist der 15. Februar 2006.

Ausführliche Hintergrundinfos und Näheres zum Ablauf des Wettbewerbs gibt es bei der BUKO Agrar Koordination, Nernstweg 32, 22765 Hamburg, Tel: 040-392526, email: info@bukoagrar.de

Rosa-X gegen Agrarfabrik

Ein rosafarbenes „X“-Zeichen hat die Bürgerinitiative „Kontra Schweinemast“ vor dem ehemaligen Flugplatz Mahlwinkel (Altmark, Sachsen-Anhalt) errichtet. Viele weitere X-Zeichen zeugen vom wachsenden Widerstand gegen die geplante Agrarfabrik des niederländischen Investors van Gennip. pm

Kurzes am Rande

Spendenaufruf

Hilferuf aus dem Plastikmeer

Erneut rassistische Übergriffe auf Arbeitsmigranten in der südspanischen Gewächshausregion Almeria

In der Stadt El Ejido, die durch progromartige Ausschreitungen im Februar 2000 traurige Berühmtheit erlangt hat, wurden im Oktober dieses Jahres wieder vermehrt Arbeitsmigranten angegriffen. Am 12. Oktober schossen unbekannte Täter aus einem fahrenden Auto auf eine Gruppe von Marokkanern, einer von ihnen wurde schwer, drei weitere leicht verletzt. Am nächsten Tag, dem 13. Oktober, überfielen in der Gegend von Nijar mehrere maskierte spanisch sprechende Männer marokkanische Landarbeiter in ihrer Unterkunft. Sie fesselten ihre Opfer und schlugen sie kränkenhausreif.

3 Millionen Tonnen Treibhausgemüse – auch für Deutschland

In der Provinz Almeria, wo El Ejido und Nijar liegen, erstrecken sich die Plastikge-



Arbeiter in der Gewächshausregion von Almeria – vor selbstgebaute Unterkünften. Foto: Europäisches Bürgerforum

wächshäuser auf 32.000 Hektar. Es handelt sich um die weltweit größte Konzentration von industriellem Gemüsebau unter Plastik. Über drei Millionen Tonnen Treibhausgemüse werden hier im Jahr produziert, zum größten Teil für den nordeuropäischen Markt. Dieses „Wirtschaftswunder“ ist nur dank der Beschäftigung von billigen, rechtlosen Arbeitskräften möglich – rund 80.000 Migrantinnen, fast ausnahmslos ohne Arbeitsvertrag und zu großen Teilen ohne Aufenthaltsgenehmigung. Sie arbeiten zu Niedrigstlöhnen und hausen in selbstgebastelten Verschlägen, ohne Trinkwasser, Toiletten und Strom. Arbeitsunfälle und Vergiftungen durch Chemikalien sind an der Tagesordnung.

Zudem gibt es immer wieder, wie jüngst im Oktober, rassistische Übergriffe.

Die Landarbeiter-Gewerkschaft SOC (Sindicato de Obreros del Campo) ist die einzige Organisation vor Ort, die sich für die Rechte der zugewanderten Landarbeiter einsetzt.

SOC unterstützt Selbstorganisation der Migrantinnen

Mit Unterstützung des Europäischen Bürgerforums (EBF) richtete sie in diesem Jahr in El Ejido ein erstes Lokal ein, das als Treffpunkt, Beratungsstelle und soziales Zentrum für die Betroffenen dient. Der Kauf der Räumlichkeiten wurde u.a. mit Hilfe einer internationalen Solidaritätskampagne finanziert. Die Anlaufstelle hat ihre Arbeit bereits erfolgreich aufgenommen. SOC plant den Aufbau eines zweiten Zentrums im 60 km entfernten Nijar und hat dafür das Europäische Bürgerforum um Unterstützung gebeten. Wie schon in El Ejido, war es auch in Nijar trotz intensiver Suche nicht möglich, Räumlichkeiten zu mieten. Zu groß ist die Angst oder die Feindseligkeit, eine Organisation zu beherbergen, die sich aktiv für die Landarbeiter

einsetzt. Es bleibt also nur die Möglichkeit, ein Gebäude zu kaufen. Dafür wird ein Betrag von 20.000 Euro benötigt, was einem Drittel des Kaufpreises entspricht. Auf dieser Basis kann die Gewerkschaft die restliche Summe als Bankkredit aufnehmen.

Aufruf

Wenn Sie den Aufbau eines Sozialen Zentrums in Nijar unterstützen möchten, spenden Sie bitte an das Europäische Bürgerforum auf das unten angegebene Konto. Jede kleine Summe hilft!

pm/al

Spenden bitte auf folgendes Konto:

Inhaber: Gesellschaft zur Förderung der Europäischen Kooperativen
Stichwort: Europäisches Bürgerforum
Kontonummer: 201084194
BLZ: 15061698
Bei: Raiffeisenbank Malchin

Weitere Infos unter: www.civic-forum.org, Stichwort Migration

Kontakt: Europäisches Bürgerforum, Hof Ulenkrug, Stubbendorf 68, 17159 Dargun, ulenkrug@t-online.de

Betriebsspiegel

80 Milchschafe, hofeigene Milchverarbeitung und Direktvermarktung wöchentliche Hofführungen für Touristen
4 Mutterkühe mit Nachzucht im Sommer 100 Pensionsrinder, 200 Pensionschafe
68 ha Grünland
Monika und ich, 1-3 PraktikantInnen und wenn es mal wieder brennt (nicht nur auf der Auffahrt) meine Eltern

Scheisse, Redlef, schnell versteck das Dope.“ Das war unser Freund Olaf, der fassungslos grinsend in unserer Haustür stand und zur Hofauffahrt starrte. Hier hatten sich etwa 10 Wannenwagen der Polizei versammelt und von allen Richtungen sah man weitere Fahrzeuge unserer Freunde und Helfer auf den Hof zurollen. Was war geschehen?

Meine ca. 40 Hühner haben den Sommer im Freiland verbracht und sind nur zum Eierlegen rein. Etwa 25 Hühner liefen brav auf einer Streuobstwiese. Sie waren schön anzusehen, diese glücklichen Tiere, blaue Königsberger, Sussex, Seidenhühner, Italiener, Australorps... zwei Glucken hatten gerade noch gemeinsam ein paar Küken erbrütet, zwei Gänse und eine Pute, die dem Weihnachtsfest 2004 entgangen waren, liefen auch mit. Dann waren da noch 12 Junghühnchen, alle von einer Glucke aufgezogen und an den totalen Freilauf gewöhnt, die schliefen in den Bäumen. Zwei weitere Althennen, besonders gute Legerinnen, wollten sich nie ins Hühnervolk integrieren. Sie liefen auch völlig frei und legten ihre Eier in den Kuhstall. Das waren also die Tiere, die ich nun einzusperren hatte. Es war ein relativ kleines Problem, die Hühner aus dem eingegrenzten Gehege nachts in den Stall zu stopfen, auch die Glucken mit den Küken waren irgendwann drinnen. Dann aber die Baumhühner! Es war nass und natürlich stockfinster, als ich mit meinen 53 Jahren und 85 kg nachts auf der Leiter in die Bäume kletterte und diese Viecher einzeln aus den teils äußersten Ästen pflückte. Dabei musste ich mich an schwächlichen Ästen festhalten, die Leiter verdrehte, es war einfach halbscherisch. Ein Hahn flog in die Nacht davon, am nächsten Tag fand ich seine Federn wieder. Zwei Tage nach dem jour fix hatte ich dann endlich alle Baumhühner minus dem einen Hahn im Haus. Da kam auch schon der Nachbarnsohn an und schimpfte, ob ich denn die Gesetzeslage nicht kenne, meine zwei Gänse liefen noch frei und das würde ihm stinken,... Ich war wütend

In Eiderstedt wurde vor einigen Jahren ein Vertragsnaturschutzprogramm angeboten, das jedoch nicht so stark wie erhofft angenommen wurde. Aus diesem Grund kam aus Kiel der Appell, die Bauern mögen doch Vorschläge für ein verbessertes Programm beim Ministerium einreichen. Leider herrscht aber seit November 2003 eine Art Krieg in Eiderstedt – wegen der geplanten Ausweisung der Halbinsel als Natura 2000-Gebiet. Auf alles was mit NABU, den Grünen oder mit Naturschutz in Verbindung gebracht werden kann, wird von den meisten Bauern seitdem voller Hass geschaut.

Die selbsternannten Wortführer der Region waren also nicht bereit, konstruktiv mit dem Grünen Umwelt- und Landwirtschaftsministerium zusammenzuar-

beiten. Unerhörter Weise trafen sich aber unbemerkt einige „Querulanten“ unter den Bauern – zu ihnen gehörten auch wir. Unsere Gruppe arbeitete mit den zuständigen Behörden ein neues Vogelschutzprogramm aus, das sowohl extensiven als auch intensiven Grünlandbetrieben flexibel angepasst werden kann. Zwar waren wir sicher, dass dieses neue Programm nach gegebener Zeit von einem großen Teil unserer Berufskollegen und ebenso von Kiebitz, Uferschnepfe & Co. mit Kusshand angenommen werden würde. Trotzdem sollte es vorher auf den Höfen der Mitglieder der Arbeitsgruppe erprobt und wissenschaftlich begleitet werden. So war ein neues Modellprojekt entstanden und sollte der Öffentlichkeit präsentiert werden. Dazu wurden alle wich-

tigen Leute des Landwirtschafts- und Umweltministeriums sowie die Presse auf unseren Hof eingeladen. Natürlich hatten wir mit Demonstrationen gerechnet, wenn dieser „Grüne Minister“ greifbar in Eiderstedt sein würde, doch es kam schlimmer als erwartet.

Monika und ich waren erst zwei Tage vor der Veranstaltung aus unseren Flitterwochen zurückgekommen. In der ersten Nacht wieder zu Hause passierte Gott sei Dank nichts. In der folgenden Nacht brannte dann ein Rundballen Stroh in unserer Auffahrt.

Am nächsten Morgen war unser Hof von Polizei umstellt. Etwa 50 Demonstranten hatten sich mit nahezu gleich vielen Schleppern eingefunden. Auf den Flächen unseres Landnachbarn loderten Mahnfeuer, daneben standen große Transparente, auf denen wir als Verräter, gekauft und dumm bezeichnet wurden. Zusätzlich war ein hoher Galgen aufgestellt, an dem eine lebensgroße Puppe baumelte. Der Bauernverbandsführer hetzte vom Rednerpult und Vertreterinnen der Landfrauen sangen über Megaphon Schmählieder gegen Minister, Naturschutz sowie die sechs Bauern der Arbeitsgruppe – und das drei Tage vor Weihnachten, dem Fest der Liebe... Dies ist nun fast ein Jahr her. Auf den Projektflächen sind überdurchschnittlich viele Wiesenbrüter-Küken aufgezogen worden. Inzwischen wollen 70 Landwirte mit insgesamt 4.500 ha an der Fortsetzung des Programms teilnehmen. Sogar einige Demonstrationsteilnehmer von letztem Jahr haben sich auf die Warteliste setzen lassen.

Redlef Volquardsen

Schmählieder zu Weihnachten



Aufstallungs-Pflicht-Übungen

hoch drei, hätte mir dieser Schnösel nicht besser seine Hilfe beim Fangen anbieten können? Nun, ich reparierte mit Strohhallen ein baufälliges Kinderspielhäuschen und lockte die Gänse mit plätscherndem Wasser hinein. Geschafft? Nein! Endlich waren die automatischen Geflügeltränken geliefert worden, anschließbar an den Hochdruckschlauch, die passenden Schlauchschellen waren jedoch nicht dabei. Ich hab es erst mal ohne probiert, mit dem Ergebnis, dass ich die Waschküche, was nicht so schlimm war, und die Schweineestreu, was die Schweinchen schlimmer fanden, unter Wasser setzte. Am nächsten Tag kam es noch doller: der Schlauch war an der Tränke abgekracht, der frisch gemixte Hühnerstall stand unter Wasser. Ein Küken ist dabei leider ertrunken. Ein weiteres Küken hat durch einen

Türspalt den Weg ins Freiland gefunden und haust jetzt unterm Gänsehaus zwischen den Strohhallen; es ist unmöglich, es zu fangen. Es unterwandert die Verordnung und tummelt sich mit den Spatzen. Und dann liest man zum Hohn noch im Wochenblatt, wie wunderbar das doch geklappt hat mit dem Einsperren, tolle Volieren werden gezeigt, die ich mir nie leisten könnte, wo sich die Hühnchen angeblich genauso glücklich tummeln und alles sei ja auch viel besser, weil sie sich im Freiland ohnehin nur Krankheiten holen würden. Ich fürchte, diese Einsperrpflicht wird nie mehr zurückgenommen. Ich kann mir mein Leben ohne Freilandhuhn aber nicht vorstellen, so wie manch anderer ohne Kaffee oder Zigaretten nicht leben wollte. Ich glaube auch nicht, dass das Einsperren wirklich etwas bringt,

außer dass die Hühner ihre Widerstandskraft noch mehr einbüßen. Der Mensch hätte wirklich genug zu tun, wenn er seine Energien im Kampf gegen die Vogelgrippe (Aids) verwenden würde.

Lydia Riedel-Tramsek

Betriebsspiegel

Biolandhöfchen, 5,25 ha arrondiert 1 ha in Pacht, 7 ha in spe, 3 Mutterkühe, ein Jungbullen, 13 Milchschafe und Milchschaaf/Jurakreuzungen mit Jurabock, 3 Zuchtsauen, ungedeckt (wer hat einen netten Eber?), ein paar Mastputen, derzeit im Knast, ebenso die ca. 40 Hühner gemischter Rassen und 2 Gänse. 1 fast nutzloser, lieber Hund, eine Schildkröte. Eine Bäuerin, 53, mit vielen Flausen im Kopf. Ein Solardach, das sich erst mal selber finanziert und ab in 15 Jahren dann gemolken wird.

Nach Linda nun Sieglinde

Kurz nachdem der Vergleich mit Bauern über den Fortbestand der Linda-Kartoffel-Sorte als Pflanzgut zumindest bis 2007 unterzeichnet worden ist (siehe Seite 15), hat die Kartoffelzucht-Firma Europlant angekündigt, die Sorte Sieglinde vom Markt verschwinden lassen zu wollen. Als Begründung gab Europlant-Geschäftsführer Jörg Renatus gegenüber der Financial Times Deutschland an: „Sieglinde ist wirtschaftlich uninteressant.“ Man habe die Sorte in letzter Zeit nur noch „mitgeschleppt“. *pm*

Futterindustrie widerspricht Monsanto

Zum Streit zwischen Monsanto und der argentinischen Regierung über Lizenzgebühren für gentechnisches Soja haben sich nun die europäischen Futtermittelhersteller (FEFAC) geäußert. Der Fefac-Präsident Martin Tielen kritisierte, dass beide Seiten immer noch keine Einigung gefunden haben, und erklärte, dass die Futtermittelbranche keine Lizenzgebühren für die Sojabohnen einziehen wolle. „Die europäische Futtermittelindustrie hat keinen direkten Vorteil von den gentechnischen Bestandteilen in den Produkten, die sie kauft“, erklärt Tielen. Sein Rat, einfach einen Sortenschutz in Argentinien einzuführen, greift jedoch zu kurz. Denn das argentinische Recht sieht die Möglichkeit des Patentschutz für gentechnisches Saatgut vor, im Falle des gentechnischen Sojas hatte Monsanto jedoch zu spät entdeckt, dass für den Konzern auch ein Patentschutz in Argentinien wirtschaftlich interessant ist. So ist beim gentechnischen Soja wie auch bei anderem Saatgut der Nachbau und der Handel mit nachgebauten Saatgut in Argentinien rechtens. Monsanto fordert also von der argentinischen Regierung und den Bauernverbänden, einer illegalen Forderung nachzukommen. *ms*

Landtechnik-Multis

Der „Agritechnica-Trader“ hat die weltweit größten Landtechnik-Hersteller wie folgt aufgelistet: An der Spitze John Deere (mit 8,1 Mrd. Euro Umsatz in 2004), gefolgt von Case/NewHolland (6,7), Agco (4,4), Claas (1,8), Same-Deutz-Fahr (0,9) und Argo (0,9). *pm*

Gänsebraten

Die Lust auf Gänsebraten ist auch in diesem Jahr (trotz Vogelgrippe) ungebrochen, meldet zumindest die Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen. Die Nachfrage nach Gänsen liegt nach Angaben der Kammer derzeit auf Vorjahresniveau, genau wie der Preis von rund 8,75 Euro je Kilogramm. Besonders beliebt sind frische Gänse direkt vom Bauernhof, denn hier können sich die Verbraucher selbst ein Bild über Haltung und Aufzucht machen. *pm*

Zitat zum jüngsten Fleischskandal

„Was wir in immer kürzeren Abständen erleben – Fleischskandale bei Verarbeitern und Supermärkten –, ist die Kehrseite der industriellen Produktion von tierischen Lebensmitteln. Die haben wir Verbraucher tüchtig mit angeschoben, weil wir auch bei Lebensmitteln immer erst auf den Preis schauen. Solcher Geiz mag geil sein, ist aber nicht ungefährlich: Beim Metzger um die Ecke ist das Fleisch teurer, aber auch mein Grundvertrauen deutlich größer.“
Kommentar von Ludger Fertmann im „Hamburger Abendblatt“ vom 5.11.05

Österreichs Milch wird gentechnikfrei

Wenig begeistert zeigten sich die Österreichischen Molkereien vom Alleingang der NÖM-AG in Sachen gentechnikfreie Milch. Die Auslobung suggeriere, das andere Milch Gentechnik enthalte, was nicht der Fall sei, so Vertreter der Molkereiwirtschaft bei der diesjährigen Milchwirtschaftlichen Tagung. Außerdem wurde der NÖM-AG vorgeworfen, dass sie versäumt hat, für die als „gentechnikfrei“ beworbene Milch auch einen besseren Preis auszuhandeln. So kämen zwar zusätzliche Kosten und Aufwand aufgrund erhöhter Kontrollen und Umstellung der Futtermittel auf Bauern und Molkereien zu, jedoch ohne dafür in irgendeiner Weise entlohnt zu werden. Trotzdem werden auch die anderen Molkereien in Richtung „gentechnikfrei“ nachziehen, da der Handel die Produkte verlangt. REWE Austria zum Beispiel beabsichtigt, die unter den Eigenmarken Clever und Heidi verkaufte Frischmilch zukünftig als gentechnikfrei zu deklarieren und sucht derzeit nach geeigneten Lieferanten. *pm*

Kurzes am Rande

Biogas bei den Briten

Trotz hohem Stromeinspeisepreis kaum neue Anlagen

Bei einer Tasse Tee wurde die Reisegesellschaft des Internationalen Biogas- und Bioenergie-Kompetenzzentrums (IBBK), das eine Studienreise zu Biogas-Anlagen in England und Wales veranstaltete, bei der Greenfinch Ltd. in Shropshire willkommen geheißen. Kürzlich hat die Firma acht landwirtschaftliche Anlagen in Schottland gebaut. Im Vordergrund stand dabei die Düngerverbesserung und das Nährstoffhandling, weniger die Energieerzeugung – nur bei einer der acht Anlagen wird der Strom ins Netz gespeist. Dafür soll die Wasserqualität des Meeresswassers in einer intensiv landwirtschaftlich genutzten Gegend verbessert werden, weshalb die Anlagen fast zu 100 Prozent gefördert wurden.

Einspeisepreis nicht garantiert

Mehr zu den britischen Einspeisepreisen für Strom aus Biogas erfuhr die Reisegruppe bei der Besichtigung einer Depo-

betont, dass das Erneuerbare Energiengesetz (EEG) in Deutschland mittelständische und kleine Anlagen in der Landwirtschaft fördert und damit Arbeitsplätze schafft.

Farmer mit Pioniergeist

Nachdem die Reisegruppe weitere Anlagen und die erste Biogastankstelle Englands auf dem Firmengelände der Organic Power Ltd. besichtigt hat, trifft sie in Hampshire einen richtigen Biogas-Pionier: Farmer Chris Reynell hat – ähnlich wie die ersten landwirtschaftlichen Pioniere in Deutschland – mit seiner Firma Bioplex Ltd. seinen ersten mobilen Trockenfermentations-Fermenter mit sehr viel Eigenleistung und eigenen finanziellen Mitteln entwickelt. Mit dem 10 Kubikmeter großen Tank auf Rädern, dem so genannten „Portagester“ sammelt er Festmist und landwirtschaftlichen Abfall der umliegenden Höfe, um damit über seine Trockenfermentations-Pilotanlage Biogas zur Strom- und Wärmeversor-



Mit seinem „Portagester“, einem 10 m³ großen Tank auf Rädern als mobilem Trockenfermentations-Fermenter, betreibt Farmer Chris Reynell die wohl kleinste Biogasanlage Englands. Foto: IBBK

nungsanlage. Diese speist nach dem alten Vergütungssystem NOFFO (Non-Fossil Fuel Obligation) zu ca. 5,3 Cent je kWh in das Stromnetz ein. Die weiteren geplanten Gasmotoren werden zukünftig nach dem neuen Vergütungssystem ROC (Renewable Obligation Certificate) mit ca. 15 Cent je kWh vergütet. Das ist viel, doch dieser Preis für Strom aus Erneuerbaren Energien wird nicht garantiert, wie Reiseleiter Michael Köttner vom IBBK aus Deutschland betont, weil die Förderung in Großbritannien gedeckelt ist. Das bedeutet: Wenn große Anlagen ans Netz gehen, sinkt für alle der Preis – mit dem Effekt, dass trotz hohem Einspeisepreis kaum neue Anlagen gebaut werden. „Diese Deckelung, wie sie auch in Deutschland von der CDU gefordert wird, ist der Tod kleiner und mittlerer Biogasanlagen!“, mahnt Köttner und

gung seines Hauses und Düngemittel zu produzieren. Eine Vergütung nach ROC vernachlässigt er zurzeit noch, da er den enormen Papierkrieg und die hohen Anschlussgebühren für seine kleine Anlage scheut. Auch die Auflage, seinen 7,5 kW-Zündstrahlmotor anstatt mit Heizöl mit Pflanzenöl zu betreiben, kann er nicht einhalten und disqualifiziert sich deswegen bei der Stromvergütung. Michael Köttner weist abschließend darauf

hin, dass es in Deutschland erst ab 2007 Pflicht wird, seinen Zündstrahl-Motor mit Stützfeuer aus Biokraftstoffen anzutreiben, damit das EEG weiter gezahlt wird.

we

Die nächste Studienreise des IBBK soll 2006 aller Voraussicht nach von München nach Mailand führen. Weitere Informationen unter www.biogas-zentrum.de

Über zehn Jahre alt ist das letzte Welthandelsabkommen. Im Dezember sollte eigentlich ein neuer Abschluss erfolgen, doch es sieht eher danach aus, dass auch im Jahr 2006 noch verhandelt werden muss. Die Landwirtschaft droht wieder zur Verhandlungsmasse der Interessen von Industrie und Dienstleistungswirtschaft zu werden. Der Ruf nach Alternativen in der und zur WTO wird lauter.



Am 15.10. fand in Genf eine Demo unter dem Motto „Der WTO den Rücken kehren“ statt. Über 2000 Bauern, Bäuerinnen und NGO-Vertreter aus aller Welt nahmen daran teil. Foto: CPE

WTO vor Hongkong – Die Uhr tickt

Mitte Dezember trifft sich das höchste Gremium der Welthandelsorganisation in Hongkong. Eigentlich sollte ein neuer Rahmenvertrag beschlossen werden, doch eine Einigung ist noch nicht in Sicht

Schlägt der EU-Handelskommissar Peter Mandelson seinen Kalender auf, dann wimmelt es darin von Terminen. Brüssel, London, Rom, Genf, dann wieder Brüssel. Überall finden zurzeit informelle Treffen der Welthandelsorganisation (WTO) statt, in denen sich führende Mitgliedsländer an einen Tisch setzen, um sich auf weitere Eckpunkte für den neuen Rahmenvertrag zu einigen. Die Zeit drängt, denn vom 13. bis 18. Dezember trifft sich das höchste WTO-Gremium, die Ministerkonferenz in Hongkong, um Eckpfeiler der laufenden Welthandelsrunde zu beschließen. Allerdings stehen die Zeichen alles andere als auf Durchbruch. „Wir müssen unsere Erwartungen herunterschrauben“, muss Mandelson trotz al-

ler Bemühungen öffentlich bekennen. Zu weit klaffen die Vorstellungen und Vorschläge der WTO-Mitgliedstaaten auseinander.

Die letzten Handelsabkommen wurden 1994 beschlossen und leiteten die Gründung der WTO ein, die seit dem 1. Januar 1995 agiert. Davor wurden die Regeln für die Welthandelsgeschäfte im GATT, also dem Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen festgelegt. Aber damals tickten die Uhren noch anders. Europa und die USA konnten jahrzehntlang die Handelsbedingungen für die Welt unter sich ausmachen. Dabei waren die beiden Verhandlungsführer immer wieder auf Ausnahmen für sich bedacht, um ihre Märkte zu schützen, wohingegen nicht selten die Entwicklungs-

länder ihre Zölle ordentlich senken mussten. Das ging auch solange „gut“, bis vor wenigen Jahren die Länder des Südens energischer auf den Plan traten. Sie haben sich in Gruppen zusammengeslossen und vertreten seither ihre eigenen Interessen.

Brasilianer lächelt

Deshalb hatte Brasiliens Außenminister Celso Amorim für das jüngste EU-Angebot nur ein müdes Lächeln übrig: „Das ist doch bestenfalls eine Entschuldigung, um nicht als Sündenbock dazustehen“, sagte er unverblümt. Die EU hingegen schwört, keinen Schritt weitergehen zu können, ohne ihre eigene Agrarreform erneut ändern zu müssen, die doch schon den Anforderungen der WTO angepasst sein sollte.

Um 46 Prozent will die EU im Schnitt ihre Einfuhrzölle senken und um 70 Prozent die Agrarsubventionen. Außerdem sollen die Exportsubventionen mittelfristig abgeschafft werden.

Zu wenig liberal, urteilt Brasilien, Mitglied der Ländergruppe G20. Darin sind neben exportorientierten Ländern wie Brasilien oder Argentinien auch Länder, die weiterhin Schutz für ihre Kleinbauern fordern. Indien zum Beispiel. Deswegen geht der G20-Vorschlag zwar über den der EU hinaus, kommt aber nicht an den der USA heran, die sich schon immer als liberalisierungsfreudig hervor getan haben und eine Zollsenkung um durchschnittlich 70 Prozent vertreten sowie ein Angebot in die Öffentlichkeit gegeben haben, die Agrarsubventionen um 80 Prozent zu kürzen. Allerdings sind sie beim Abbau der Exportstützungen zurückhaltender und fordern einige Ausnahmen.

Allein der Stand der Agrarverhandlung-

gen zeigt, dass noch zu viele Fragen offen sind, um ernsthaft einen Abschluss im Dezember zu erwarten.

Hinzu kommt, dass parallel zu den landwirtschaftlichen Themen auch noch andere Bereiche verhandelt werden, etwa die Marktöffnung für Industriegüter (siehe Seite 13). Die Vielzahl der Themen und Interessen lassen sich nur schwer unter einen Hut bringen. Die Erwartungen herunterzuschrauben, wie der EU-Kommissar Mandelson formuliert, heißt deshalb, dass es in Hongkong noch keinen Abschluss geben wird. Damit das nicht in ein Scheitern der gesamten Doha-Runde übersetzt wird, wird schon jetzt angekündigt, dass im Jahr 2006, weiter verhandelt wird. Weil im Jahr 2006 das bisherige WTO-Verhandlungsmandat des US-Präsidenten Bush ausläuft, bleibt mehr Zeit nicht. Schon kursieren Gerüchte, es könne vielleicht sogar schon im Frühjahr bzw. Frühsommer 2006 eine weitere WTO-Ministerkonferenz geben.

Wann immer der Abschluss kommt: Entwicklungspolitische Gruppen monieren, dass die Belange der Entwicklungsländer viel zu wenig berücksichtigt werden. Das gleiche gilt für die Anliegen bäuerlicher Betriebe in Europa. Sie werden die Leidtragenden einer Liberalisierung ohne Leitplanken sein. Wolfgang Reimer vom Bundeslandwirtschaftsministerium prognostiziert, dass von den derzeit noch vorhandenen Vollerwerbsbetrieben nur rund ein Drittel in der Lage sein wird, international wettbewerbsfähige Strukturen aufzubauen. Deshalb heißt es, alternative Konzepte zu diskutieren und in die Politik einzubringen, wie etwa den qualifizierten Marktzugang (Seite 12).

Berit Thomsen

Hintergrund

Die Stimme der EU

Es gibt 148 Mitgliedstaaten in der Welthandelsorganisation (WTO) und somit auch 148 Stimmen. Eine davon gehört der EU. Sie wird während der Verhandlungen vom Chefunterhändler Peter Mandelson vertreten, dem EU-Handelskommissar. Er führt die Verhandlungen im Rahmen eines Mandats, das vom EU-Rat vorgegeben ist. Die EU-Mitgliedstaaten werden in einem Ausschuss des europäischen Rates, dem Hundertdreiunddreißiger-Ausschuss, über alle WTO-relevanten Themen informiert und konsultiert. In Deutschland ist das Wirtschaftsministerium federführend bei den WTO-Verhandlungen und stimmt sich je nach Verhandlungsgebiet mit dem Landwirtschafts- und Entwicklungsministerium ab.

Schutzinstrumente

Die Agrarverhandlungen der WTO zielen neben dem Abbau der Subventionen auch auf die Öffnung der Märkte ab,

durch Senkung der Zölle für Schweinehälften, Zucker, Kartoffeln und was der Bauer sonst noch produziert. Dabei werden aber auch Ausnahmen verhandelt. Für alle Länder sollen die so genannten Sensiblen Produkte gelten. Das heißt, Produkte dürfen von einer massiven Zollsenkung ausgenommen werden. Es muss aber ein erweiterter Marktzugang gewährt werden, was so aussehen kann, dass z.B. bei Milchprodukten die EU ihren Mindestmarktzugang für Importe aus anderen Ländern von gegenwärtig 5 Prozent erhöhen muss, wenn sie Milchprodukte zu sensiblen Produkten erklären will. Wie viele Produkte sensibel sein dürfen und wie viel Marktzugang sein muss, wird zurzeit verhandelt.

Für Entwicklungsländer gibt es noch zwei weitere Schutzinstrumente: die Speziellen Produkte und die Speziellen Schutzmechanismen. Kriterien, welche Produkte wann und wie geschützt werden dürfen, sind noch unzureichend definiert. bet



Ernährungssouveränität heißt Eigenversorgung statt Weltmarktorientierung.
Bäuerin im Pantanal, Brasilien

Foto: Leonhardt

Wenn das Denken die Richtung ändert

„Ernährungssouveränität“ als Konzept für eine andere Landwirtschaft

Weltweit wächst der Widerstand gegen eine globalisierte Landwirtschaft im Dienste des Agrobusiness. Gleichzeitig findet ein Konzept Anerkennung, das versucht, eine alternative Agrarpolitik zu entwerfen: Ernährungssouveränität. Es wurde Mitte der 90er Jahre vom internationalen Kleinbäuerinnen- und Kleinbauern-Verband „La Via Campesina“ entwickelt und meint das Recht jeder Gemeinschaft, ihre Landwirtschafts- und Ernährungspolitik selbst zu bestimmen – den eigenen wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und ökologischen Umständen entsprechend. Ernährungssouveränität setzt bei Rechten von Bäuerinnen und Bauern an. Die Produktion von Nahrungsmitteln selbst wird als ein Recht begriffen. In diesem und anderen Punkten widerspricht das Konzept dem WTO-System: Statt auf Weltmarktorientierung setzt Ernährungssouveränität auf Produktion für die Eigenversorgung und den lokalen Markt. Statt auf Privatisierung von Saatgut und Wasser setzt es auf deren lokale und gemeinschaftliche Kontrolle. Und der Liberalisierung um jeden Preis setzt es das Recht jeder Gemeinschaft entgegen, ihre Landwirtschaft zu schützen und zu unterstützen.

Aufgrund dieser Widersprüche zwischen WTO-System und Ernährungssouveränität muss die WTO aus der Landwirtschafts- und Ernährungspolitik verschwinden – das fordern zumindest Via Campesina und anderen Bewegungen wie das globalisierungskritische Netzwerk Attac. Das Ziel der Ernährungssouveränität soll in anderen Foren vorgebracht werden – Foren, die es jedoch erst noch zu entwickeln gilt. Dass viele Kämpfe gekämpft werden müssen, damit dieses Szenario Wirklichkeit wird, liegt auf der Hand. Dennoch bringt Ernährungssouveränität einen Perspektivwechsel in die Diskussion rund um die WTO: Es geht nicht um das Drehen an einigen agrarpolitischen Schraubchen, sondern darum, den Frontalangriff dieser Organisation auf Mensch und Umwelt öffentlich zu machen. Und ihm ein lautes „Ja!“ für den Aufbau und die Absicherung vielfältiger alternativer Landwirtschaftsmodelle entgegen zu setzen.

Pia Eberhardt,
WEED (Weltwirtschaft,
Ökologie & Entwicklung),
Attac AG Welthandel & WTO

Märkte qualitativ öffnen

Der Vorschlag der AbL: Nicht Abschottung, nicht Freihandel

Zollschranken abzubauen, also den Zugang zu nationalen oder Gemeinschaftsmärkten (EU) zu erleichtern, ist eine zentrale Forderung in der laufenden WTO-Runde. Sie wird immer von denjenigen gestellt, die sich davon einen Gewinn versprechen, oder unterm Strich an die Wohlfahrtssteigerung durch Freihandel glauben. Dass Freihandel aber auch zerstören kann, lässt sich an den Beispielen Milch oder Zucker leicht zeigen: Öffnet die EU ihren Markt für Magermilchpulver, indem der Zoll drastisch gesenkt wird, dann ist das eine Einladung an alle, die Milch billiger erzeugen können als europäische Bauern. Wie viele Bauern in der EU den Konkurrenzkampf dann aushalten, ist offen; sehr viele werden es nicht sein.

„Wer die Rübe in der EU in der Fruchtfolge halten will, der muss die EU-Zuckermarktordnung reformieren, aber nicht abschaffen“, sagt Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf. Reformieren hieße, mit der Quote drastisch nach unten zu gehen, aber beim Preis moderat zu bleiben. Der AbL-Vorsitzende sieht berechnete Interessen von Entwicklungsländern, Zucker in die EU liefern zu können. „Aber wenn man den Markt generell öffnet, profitieren nicht die Zuckerrohrbauern und Volkswirt-

schaften in Entwicklungsländern, sondern Großplantagen und Konzerne in Ländern wie Brasilien, die immer billiger werden anbieten können.“

Fair Play im internationalen Handel werde es nur geben, wenn dem weltweiten Preisdruck gegen die bäuerliche Erzeugungsweise klare Grenzen gesetzt werden, auch innerhalb der EU. Es wäre kontraproduktiv, die bäuerliche, umwelt- und sozialverträgliche Wirtschaftsweise in Nord und Süd gegeneinander zu setzen.

Deshalb müssten Staaten das Recht haben, entsprechende Maßnahmen zu erlassen, allerdings nicht willkürlich. Vielmehr müssten solche Maßnahmen vor einer internationalen Clearingstelle (z.B. bei der UNO) genehmigt werden, wo auch die qualitativen Anliegen anderer Länder mit berücksichtigt werden. Beispiele für solche Maßnahmen könnten soziale oder ökologische Standards sein, oder auch Zölle und Abgaben, um ein Unterlaufen fairer Preise zu verhindern. Die Mittel aus diesen Abgaben sollten für die ländliche Entwicklung in Entwicklungsländern eingesetzt werden. „Das Konzept macht Arbeit. Aber ich bin dafür, dass die Politik ihre Aufgabe, Rahmenbedingungen zu gestalten, behält“, so Graefe zu Baringdorf.

uj

Alles oder nichts

Die Welthandelsorganisation (WTO) regelt den weltweiten Handel, der unter ihren 148 Mitgliedern betrieben wird. Den Rahmen setzen die WTO-Abkommen. Sie legen fest, unter welchen Bedingungen etwa Rinderhälften und Bananen, Soja und Reis die Grenzen passieren, aber auch Gold, Autos, Computer, T-Shirts, Holz oder Fische. Neben dem Handel mit Produkten werden aber auch der grenzüberschreitenden Handel mit Dienstleistungen wie Tourismus, Bildung, Gesundheit und die so genannten handelsrelevanten Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums (Patente, Designs, Stoffmuster etc.) geregelt. Kurzum: die WTO-Abkommen erfassen alles, was international gehandelt werden kann. Bei den Verhandlungen der WTO gilt das so genannte „Single Undertaking“, auf deutsch „Gesamtverpflichtung“, also alle WTO-Abkommen werden zu einem Paket geschnürt, das in einem Rutsch verabschiedet wird, wenn denn alle 148 Mitglieder der WTO geschlossen zustimmen. Alles oder nichts. Die drei wichtigsten derzeit diskutierten Abkommen und Verhandlungspunkte sind:

Das Landwirtschaftsabkommen (AoA)
Es regelt den Agrarhandel und diskutiert den Abbau von Zöllen und Subventionen.

AoA ist die Abkürzung für Agreement on Agriculture.

Verbesserter Marktzugang für nichtlandwirtschaftliche Produkte (NAMA)

Der soll durch den Abbau von Zöllen und anderen Handelsbarrieren erfolgen. Zu den NAMAs zählen neben den Industriegütern auch Produkte aus Wald und Meeren sowie Bodenschätze. NAMA ist das Kürzel für Non-Agricultural Market Access.

Das Dienstleistungsabkommen (GATS)

Es regelt die Liberalisierung von Dienstleistungen und die weitere Einbeziehung von Dienstleistungssektoren in das GATS-Abkommen. Ein Beispiel: Hat ein Einzelhandelsunternehmen das Interesse, im Ausland zu expandieren, dann ermöglicht dieses Abkommen, dass jedes Land diesem Einzelhandelsunternehmen das gleiche Recht zuspricht wie den heimischen Einzelhändlern. Somit kann sich ein Land nicht mehr vor ausländischen Konkurrenten schützen. GATS ist die Abkürzung für General Agreement on Trade in Services.

jk/bet

Zollsenkungen und andere Dramen

Die Verhandlungen der WTO für einen verbesserten Marktzugang für Industriegüter bedrohen den Ressourcenschutz

Bei den WTO-Verhandlungen dreht sich derzeit scheinbar alles um die Konflikte im Agrarbereich. Doch welche Rolle spielen die parallelen Verhandlungen im Dienstleistungsbereich (GATS) und für eine Verbesserung des Marktzugangs für Industriegüter (NAMA)? Wie hängen die drei Verhandlungsbereiche zusammen? Und um was geht es bei den Industriegütern eigentlich? Beim Start der gegenwärtigen Handelsrunde einigten sich die WTO-Mitglieder darauf, die verschiedene Themen umfassende Runde durch eine „Gesamtverpflichtung“ abzuschließen (siehe Kasten Seite 12). Damit hängen Fortschritte in einem Verhandlungsbereich mit Fort- oder Rückschritten in anderen Bereichen zusammen. Denn es ist gerade Sinn der Gesamtverpflichtung, möglichst viel Spielmasse zu haben, um durch die Aufgabe von einem nicht so wichtigen Verhandlungspunkt (etwa „Handel und Umwelt“) einen wichtigeren Verhandlungspunkt (etwa „Landwirtschaft“) durchzubringen. „Ohne Agrar geht nichts, aber es geht nicht nur um Agrar“, auf diese einfache Formel lässt sich das gegenwärtige Tohuwabohu der WTO-Verhandlungen bringen.

„Ein unmoralisches Angebot“

Am 9. Mai 2004 boten die damaligen EU-Kommissare Fischler und Lamy allen WTO-Mitgliedern an, „das Prinzip des Auslaufens aller Agrarexportsubventionen zu akzeptieren“. Allerdings hatte man sich bereits beim Start der Handelsrunde im Jahre 2001 darauf geeinigt, die Agrarexportsubventionen auslaufen zu lassen. Dennoch erfolgte das EU-Angebot unter der Bedingung, dass die anderen WTO-Partner Entgegenkommen bei den für die EU essentiellen Verhandlungsbereichen wie etwa eine „ehrgeizige Zollsenkungsformel für den Marktzugang für Industrieprodukte“ zeigen. Auch das von allen Seiten kritisierte letzte Agrar-„Angebot“ der EU vom 28. Oktober 2005 war an die Maßgabe gekoppelt, dass Fortschritte in den für die EU bedeutsamen Verhandlungsbereichen GATS und NAMA erzielt würden. Für EU-Handelskommissar Peter Mandelson gibt es „ein fundamentales Missverständnis in den Verhandlungen. Wir stecken nicht wegen eines Mangels an Angeboten in der Landwirtschaft fest. Wir haben zu wenige Angebote für den Abbau von Industriezöllen und für die Dienstleistungsmärkte auf dem Tisch“. Ähnlich formuliert es auch das deutsche Wirtschaftsministerium und fordert, dass die NAMA-Verhandlungen „nun-

mehr oberste Priorität haben, damit auf der Ministerkonferenz in Hongkong konkrete Ergebnisse beschlossen werden können“. Um diesen Forderungen Nachdruck zu verleihen, habe die Europäische Kommission ihr jüngstes erweitertes Agrarangebot ausdrücklich von bestimmten Voraussetzungen bei den NAMA-Verhandlungen abhängig gemacht.

Zollabbau zentral

In das NAMA-Horn stößt auch die Industrie. Für Dr. Ludolf von Wartenberg, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), „muss die WTO die Speerspitze der weltweiten Liberalisierung bleiben“, denn „wir brauchen offene Absatzmärkte, überall auf der Welt“. Es sei ein Irrglaube, dass der Welthandel bereits vollständig liberalisiert sei. „Nach wie vor gibt es in zahlreichen Ländern hohe Zölle. 15 Prozent und mehr sind für viele Produkte keine Seltenheit. Der Abbau von Zöllen ist deshalb für die deutsche Industrie eine zentrale Aufgabe der WTO-Runde“.

Ein Zollabbau für Industriegüter erscheint zunächst harmlos. Doch sprechen Nichtregierungsorganisationen von einem NAMA-Drama. Ein genauerer Blick zeigt, dass ein Zollabbau weitgehende Auswirkungen auf Umwelt und Entwicklung hat. Entwicklungspolitische Organisationen befürchten, dass der Zollabbau Armut und Unterbeschäftigung in den Entwicklungsländern erhöhen und dort den Aufbau nationaler Wirtschaftszweige zurückwerfen würde. Denn Zölle sind für Entwicklungsländer nicht nur wichtige Einnahmequellen, sondern auch Mechanismen zum Schutz der einheimischen Industrie – Mechanismen, die unsere Industrien in der Vergangenheit intensiv genutzt haben.

Die Logik der NAMA-Verhandlungen ist einfach. Ein verbesserter Marktzugang für nichtagrarisches Güter soll diese billiger machen und dadurch ihre Nachfrage erhöhen. Da aber häufig die Produktion von Gütern nicht nachhaltig ist, führt ein sinkender Preis, eine wachsende Nachfrage und eine erhöhte Produktion zu mehr Umweltzerstörung. Holz und Fische sind bedeutsame Handelsprodukte. Da der Welthandel massive Auswirkungen auf den Umgang mit Wäldern wie Meeren hat, hängt deren nachhaltige Nutzung stark von einem nachhaltigen Handel ab. Lösungen sind zwingend erforderlich, wenn nicht die letzten verbleibenden Urwälder und Fischbestände der Welt dem freien Handel geopfert werden sollen.

Um den Marktzugang zu verbessern, kennt die WTO neben dem Abbau von Zöllen auch den Abbau sonstiger Maßnahmen, die den Handel beeinträchtigen können. Zu diesen „nichttarifären“ Maßnahmen zählen unter anderem Einfuhrverbote, Subventionen oder die Kennzeichnung von Produkten.

Handelshemmnisse die Ausbeutung der Meere noch weiter voranschreiten wird und die Möglichkeit von Staaten, regulativ effektiv einzugreifen, durch weitere Liberalisierungsschritte unterlaufen wird. Es gilt dieselbe Logik wie bei forstwirtschaftlichen Produkten: Zollabbau führt zu billigeren Produkten,



Containerweise werden schon heute Industriegüter durch die ganze Welt verschifft – auch nach Hamburg.
Foto: Hafen Hamburg/ Hettchen

Welthandel contra Meeres- und Waldschutz

Bereits die gegenwärtigen WTO-Regeln unterlaufen alle Anstrengungen, Wälder und Meere zu schützen und nachhaltig zu nutzen. Umweltabkommen können durch das Streitschlichtungsverfahren der WTO zugunsten von Handelsmaßnahmen aufgehoben werden. Vorsorgemaßnahmen können als nicht zulässige Handelshemmnisse interpretiert und gehandelt werden. Länder beispielsweise, die die Ausfuhr von Raubbauholz verbieten wollen, können mittels WTO daran gehindert werden. Ferner kann mit dem WTO-Strafgericht gedroht werden, wenn über den Handel Anreize zum Aufbau einer nachhaltigen Forstwirtschaft geschaffen werden sollen, etwa durch Kennzeichnung von Produkten mit dem Siegel des Forest Stewardship Councils (FSC), das eine nachhaltige Holzproduktion sichert. Unter anderem dieser so genannte „Chill-Effekt“ sorgt dafür, dass effektivere Maßnahmen gegen den Handel mit illegal geschlagenem Holz ausbleiben.

Unsere Meere sind weitgehend leergefischt. Es fehlen Schutzgebiete, die eine Erholung der Fischbestände ermöglichen. Es sind dringende Maßnahmen zur Regulierung der Nutzung nötig. Statt dessen steht zu befürchten, dass durch den Wegfall von Zöllen und durch die Beseitigung der nicht-tarifären

was die Nachfrage nach diesen erhöht. Solange diese nicht mit Fischen aus nachhaltiger Fischerei befriedigt werden kann, werden sich die Fischbestände weiter dezimieren.

Angesichts der drohenden Umweltauswirkungen der NAMA-Verhandlungen fordert Greenpeace:

1. Die Verhandlungen zum verbesserten Marktzugang für nicht-agrarische Produkte (NAMAs) müssen gestoppt werden. Pläne für die Liberalisierung ökologisch sensibler Sektoren wie Wald- und Meeresprodukte müssen aufgegeben werden.
2. Die internationale Staatengemeinschaft muss sich endlich dazu durchringen, eine umfassende globale Umweltpolitik nicht nur auf dem Papier, sondern auch in der Praxis durchzusetzen. Dazu müssen die entsprechenden Strukturen im System der Vereinten Nationen ausgebaut werden.

Jürgen Knirsch

Welthandelsreferent bei Greenpeace

Mehr Informationen in der Broschüre: *Das Nama-Drama*. Herausgeber: EED, Forum Umwelt & Entwicklung, Greenpeace und WEED. Bonn 2005. Zu bestellen beim Forum Umwelt & Entwicklung: Tel.: 0228-359704. E-Mail: info@forumue.de

Ein Hof für Menschen und Tiere

Hofschlachtereier, Biolandhof und Bauernhof-Kindergarten – der Betrieb Muhs in Schleswig-Holstein setzt auf bewährte Traditionen und neue Ideen

Bio-Fleisch boomt

Wie die Zentrale Markt- und Preisberichtsstelle (ZMP) berichtet, erfreut sich Bio-Fleisch in Deutschland zur Zeit einer lebhaften Nachfrage. Nach Darstellung der ZMP ist dies in großen Teilen auf das vermehrte Engagement des Lebensmitteleinzelhandels zurückzuführen. Das Angebot kann den Bedarfsanstieg nicht immer decken. Schon vor ungefähr einem Jahr wurde von einer teilweise nicht ausreichenden Produktion von Bio-Mastschweinen berichtet; seither hat sich die Schere zwischen Angebot und Nachfrage hier noch ausgeweitet. Auch bei Bio-Rindfleisch können die Absatzmöglichkeiten in manchen Regionen nicht immer ausgeschöpft werden. Nur Bio-Lämmer stehen ausreichend zur Verfügung und übertreffen zeitweise noch die Nachfrage. Dennoch wird den Landwirten empfohlen, vor der Bestandsaufstockung Rücksprachen mit potentiellen Abnehmern zu treffen. Schlechte oder ungleichmäßige Qualitäten führen nebst zu kleinen Partien auch in der derzeitigen Marktlage noch vereinzelt zur konventionellen Vermarktung. pm

Anfang August öffnete der Hof Muhs seine Tore für Besucher und sie kamen zahlreich ins Dorf Krumbek nahe den Ferienstränden der Ostsee. 34 Hektar bewirtschafteten Rainer und Anne-Marie Muhs – er gelernter Landwirt und Schlachtermeister, sie Diplom-Ökotrophologin. 400 Mastschweine werden gehalten und 20 Zucht-



Rainer Muhs erläutert den Besuchern die Haltung der Angler Sattelschweine mit moderner Flüssigfütterungsanlage und auf Stroh.

sauen, dazu zehn Mutterkühe mit Nachzucht, die im Sommer auf den Salzwiesen an der Ostsee stehen, sowie 40 Legehennen.

Kern ist die Schlachtereier

„Der Hof ist um die Schlachtereier gewachsen“, erklärt Anne-Marie Muhs die ungewöhnliche Geschichte einer Landwirtschaft, die inzwischen in dritter Generation betrieben wird. „Nach dem ersten Weltkrieg hat mein Großvater ganz klein angefangen“, ergänzt Rainer Muhs. Mit vier Hektar, einer Kuh und zwei Schweinen war es damals nur eine Katenstelle. Was die Familie an Wurst und Schinken nicht selber brauchte, brachte Großvater Muhs auf den Wochenmarkt in Kiel. Doch schon in den 20er Jahren beanstandete die Gewerbeaufsicht, dass im Privathaus auf der Diele geschlachtet wurde. Bei einer Zwangsversteigerung konnte Großvater Muhs das jetzige Gebäude mit Stallungen und Schlachträumen erwerben. Im Dorf reagierte man mit Skepsis. Doch die Nachfrage nach den selbstgemachten Wurst- und Fleischwaren nahm stetig zu.

Eigene Ferkel der alten Rasse

„Wachstum um jeden Preis ist nicht unsere Philosophie“, erklärt Rainer Muhs, „im Mittelpunkt steht die Qualität unserer Produkte. Dem Trend zum mageren Schwein ist mein Vater nicht gefolgt. Statt auf 120 kg mästete er die Tiere auf 200 kg.“ Ende der 80er Jahre stellte der Betrieb auf die alte Rasse „Angler Sattelschwein“ um. Nun werden die Ferkel wieder auf dem Betrieb selbst gezogen. Da passt die robuste Rasse

gut ins Konzept. „Wir sind ja nicht auf Ferkelerzeugung spezialisiert“, räumt Rainer Muhs ein, „das ist bei uns nur einer von vielen Betriebszweigen.“

Eigentlich zwei Betriebe

Betriebswirtschaftlich handelt es sich um zwei getrennte Betriebe: Landwirtschaft und Schlachtereier als Gewerbebetrieb. „Da muss gerade im Büro vieles doppelt gemacht werden und ständig kommen neue Anforderungen wie z.B. Dokumentationspflichten dazu“, berichtet Rainer Muhs, „da stößt man schon mal an die Grenzen der Arbeitsbelastung, aber auch inhaltlich muss man überall auf der Höhe sein.“ Inzwischen hat er sich Entlastung geschafft und qualifizierte Mitarbeiter eingestellt. Neben seinem Vater arbeiten noch zwei Gesellen und zwei Fachverkäuferinnen mit sowie eine Aushilfskraft im Stall.

An drei Tagen wird auf Wochenmärkten verkauft. Die Einrichtung eines eigenen Hofladens lohnt sich aufgrund der dörflichen Lage nicht. Stattdessen wird der Verkaufswagen einmal pro Woche auf dem Hof geöffnet. Bis zu 20 Prozent der Ware geht an Wiederverkäufer. So können gezielt bestimmte Wurstsorten wie z. B. Leberwurst vermarktet werden.

Ein kleiner Schritt: Öko-Umstellung

Da schon sein Vater an traditionellen Werten festgehalten hat wie Verzicht auf Masthilfsmittel oder Fischmehl, war die Umstellung auf ökologischen Landbau in den 90er Jahren kein großer Schritt mehr. Umbauten gab es im Stallbereich. Die renovierungsbedürftigen Vollspaltenböden wurden ganz entfernt und die Ställe geöffnet. Ein Neubau schaffte doppelt soviel Platz für die Schweine. Das brachte dem Betrieb im Jahr 2001 die Auszeichnung „beispielhafter Betrieb für tiergerechte Haltung“ vom Land Schleswig-Holstein ein. Heute ist er auch „Demonstrationsbetrieb Ökologischer Landbau“ im Bundesprogramm und öffnet seine Tore für interessierte Kollegen und Verbraucher. Trotz Öko-Umstellung ist es gelungen, die Stammkundschaft – vorwiegend traditionell kochende Hausfrauen – zu halten. „Wir haben das Biozeichen erst ganz klein gedruckt“, berichtet Rainer Muhs, „um die Stammkunden nicht zu verschrecken!“ Durch die Umstellung konnten neue Kunden dazugewonnen werden, vor allem kritische Verbraucher und Familien mit Kindern. Dafür wurde das Sortiment um „mo-

derne“ Produkte erweitert wie z.B. eine ganz magere Rindersalami.

Für die Zukunft sieht Rainer Muhs weitere Chancen im Fleischbereich. „Natürlich müssen wir aufpassen und uns rechtzeitig an Auflagen anpassen. Das heißt auch investieren. Aber zum Glück sind wir räumlich nicht beengt und haben moderne Betriebsstrukturen.“ Und da der Betrieb gut läuft, hat er schon Nachahmer in der Nachbarschaft ausgemacht. Ganze drei Hofschlachtereier sind in den letzten Jahren in einem Umkreis von rund 10 km neu eingerichtet worden. „Konkurrenz belebt das Geschäft“, denkt sich Landwirt Muhs und hat ja noch den Bio-Vorsprung.

Der Hof öffnet sich Kindern

Im Jahr 2000 ist auf dem Betrieb ein Bauernhof-Kindergarten mit eigenem Gebäude entstanden. Diese pädagogische Arbeit ist ein Anliegen von Anne-Marie Muhs, die sich in der Bundesarbeitsgemeinschaft Lernort Bauernhof engagiert. Neben der Erziehung der eigenen fünf Kinder gründete sie den Verein „Wurzelkinder e.V.“, der die Trägerschaft für die 16-köpfige Kindergartenengruppe auf dem Hof übernommen hat. An vier Tagen der Woche werden außerdem Erlebnis-Nachmittage zum Thema Bauernhof für Drei- bis Achtjäh-



Anne-Marie Muhs führt kleine und große Besucher durch die Ferkelaufzucht. Sie hat auf dem Hof den Bauernhof-Kindergarten ins Leben gerufen.

Fotos: Erdmanski-Sasse

rige angeboten. „Ich wollte es ihr erst ausreden“, gesteht Rainer Muhs, weil er die Familie mit Landwirtschaft und Schlachtereier schon belastet genug sah. Seine Sorge hat sich nicht bestätigt. Inzwischen passt für ihn alles zusammen: der richtige Hof für einen Kindergarten und Erzieherinnen, die auch mal mit anpacken.

we

Zu finden ist der Hof auch im Internet unter www.hofschlachtereier-muhs.de und www.schul-bauernhofe.de.

Linda gewinnt!

Europlant und Linda-Bauern schließen Vergleich – „Königin der Kartoffeln“ regiert zwei weitere Jahre

Am Ende gab es doch noch zufriedene Gesichter, bei den Bauern aus AbL und Linda-Freundeskreis sowie den Vertretern des Kartoffelzuchtunternehmens Europlant. In letzter Minute hatte man sich einigen können und einen Vergleich geschlossen. Mit einem Sieg für Linda findet damit ein vorläufiges Ende, was vor fast genau einem Jahr mit einem Paukenschlag begann. Damals zog Europlant kurz vor Ablauf des Sortenschutzes der beliebten Kartoffelsorte deren Zulassung zurück, um sie vollständig vom Markt zu nehmen. Ein Aufschrei der Entrüstung ging durch die Republik: Bauern, Verbraucher, Köche, TV-Gourmets fanden in trauriger Eintracht und unter großer Anteilnahme der Medien zusammen, um die „Königin der Kartoffeln“ zu retten. Ein Linda-Freundeskreis gründete sich mit tatkräftiger Unterstützung der AbL, und drei Bauern daraus vermehrten, ohne Genehmigung Europlants, Linda erneut. Dagegen zog der Züchter vor Gericht. Das Schiedsgericht der Landwirtschaftskammer Hannover ließ daraufhin die Ernte der Lindabauern beschlagnahmen. Als nun das Oberlandesgericht in Celle darüber zu befinden hatte, ob die Beschlagnahme rechtmäßig sei oder nicht, rieten die dortigen Richter beiden Parteien, sich doch in einem Vergleich zu einigen. Man tat sich schwer, kam sich schließlich entgegen und schloss einen Kompromiss, der Linda für die nächsten zwei Jahre in die Hände ihres Züchters zurücklegt. Euro-

plant hat dafür zugesagt, die Kartoffeln der Bauern als Pflanzgut im nächsten Jahr in Deutschland zu marktüblichen Konditionen zu verkaufen. „Die Nachfrage für Linda als Pflanzmaterial ist da. Wir werden im nächsten Jahr – so weit die Kartoffeln den Qualitätsansprüchen genügen – alle als Pflanzkartoffeln verkaufen können“, lässt Europlant-Geschäftsführer Jörg Renatus in einer gemeinsamen Presseerklärung mit den Linda-Bauern verlauten. Die Bauern werden ihn beim Wort nehmen und ein wachsames Auge darauf haben.

Weiter retten

Während Brigitte Pothmer, niedersächsische Grünen-Bundestagsabgeordnete, den Kompromiss als: „Sieg des guten Geschmacks und der Verbraucherschutzpolitischen Vernunft“ bezeichnet, ist es Europlant wichtig, dass es sich hier nur um ein individuelles Abkommen mit drei Bauern handelt. In zwei Jahren soll Linda dann endgültig verschwinden, einer Neuzulassung steht man bei Europlant ablehnend gegenüber.

AbL-Bundesgeschäftsführer Georg Janßen betonte hingegen: „Wir werden uns auch weiterhin für den Erhalt der Linda einsetzen. Solange es Bauern gibt, die sie pflanzen und Verbraucher, die sie essen wollen, muss ihnen das auch möglich sein.“ Man werde den Linda-Freundeskreis in dem Bestreben einer Neuzulassung der Sorte unterstützen.



Linda kann nun erst mal weiter nicht nur aus dem Nachbau auf den Markt kommen, sondern auch als Pflanzgut. Foto: Jasper

Auch das Oberverwaltungsgericht hat noch länger mit Linda zu tun: Europlant wird die Klage gegen das Vorgehen des Bundesortenamtes, das die Auslauffrist für die Sortenzulassung von Linda bis 2007 verlängerte und damit einen Grundstein für den jetzigen kurzfristigen Linda-Erhalt legte, nicht zurücknehmen. Nicht nur Europlant allein, sondern die Pflanzzüchter im allgemeinen möchten offenbar gerichtlich durchsetzen, dass allein der Sortenschutzinhaber ohne Mitsprache durch das Bundesortenamt über den Umgang mit seiner Sorte bestimmen kann. Lindas Rettung, die freie Kartoffelwahl, eine Wahrnehmung von Bauern- und Verbraucherwünschen als Machtfaktor sind durchgesetzt – und müssen doch immer wieder neu durchgesetzt werden.

Claudia Schievelbein

Müssen Aufbereiter Nachbau-Sorten nennen?

Landgericht Düsseldorf fordert konkrete Anhaltspunkte für jedes einzelne Jahr

Gerichte in Düsseldorf sind offenbar für ungewöhnliche Entscheidungen in den Nachbau-Auseinandersetzungen gut. Hatte die dortigen Richter vor ein paar Monaten den Schadensersatzansprüchen der Saatgut-Treuhandverwaltungs GmbH (STV) eine Absage erteilt (siehe Bauernstimme 9/05), so urteilte nun das Landgericht, dass die STV nur für das jeweilige Wirtschaftsjahr Auskunft in Sachen Nachbau verlangen darf, für das sie tatsächlich Anhaltspunkte vorlegen kann. Bislang hatten sich andere Gerichte eher so geäußert, dass für den Fall, dass die STV Anhaltspunkte für die Verwendung einer bestimmten Sorte in dem betreffenden Betrieb für ein Wirtschaftsjahr vorlegen konnte, auch davon ausgegangen werden müsse, dass bereits in den Jahren zuvor mit dieser Sorte in dem Betrieb gearbeitet worden sei. Infolge dessen müsse für diese Sorte nicht nur für das betreffende Jahr, sondern auch für die vorange-

gangenen Jahre Auskunft gegeben werden.

Das Landgericht Düsseldorf widerspricht dieser Auffassung nun also und lässt auch das Argument der STV nicht zu, dass dies rein praktisch kaum durchführbar sei. Allerdings wird die STV gegen die Düsseldorfer Entscheidung sicherlich in Berufung gehen. Aufgrund einer anderen Aussage des Düsseldorfer Landgerichts wird aber auch die Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren das Verfahren noch einmal ins Rollen bringen: Hatte der EuGH (Europäische Gerichtshof) allgemein gehalten formuliert, dass den Aufbereitern nicht unbedingt bekannt sein müsse, welche Sorten in ihrem Betrieb aufbereitet werden, so lesen die Düsseldorfer Richter in der deutschen Verordnung die Verpflichtung für Aufbereiter, „sich über die Sorte zu informieren, zu der das Saatgut gehört, das aufbereitet wird“. Es ist also wieder einmal die Frage zu klären,

ob Unterschiede in EU- und deutschem Recht – gewollt oder ungewollt – vorhanden bzw. als solche auszulegen sind.

Welche Rolle den Aufbereitern in den Nachbaustreitigkeiten bzw. in der Frage der Informationsbeschaffung durch die STV zukommt, wird auch weiterhin Gegenstand von Gerichtsverhandlungen sein. Die STV strebt derzeit die Berufung in einem Fall an, in dem es nicht nur darum ging, dass der Aufbereiter mit den von der STV gewünschten Informationen rausrücken sollte. Vielmehr soll nach dem Willen der STV der Aufbereiter gar zur Unterlassung der Aufbereitung von Sorten verurteilt werden, zu denen er keine Informationen weitergeben konnte. Das zuständige Oberlandesgericht hatte die Klage in diesem Punkt abgewiesen. Durch die Wiederaufnahme des Verfahrens erhofft sich die STV nun auch ein erneutes Eingreifen des EuGH in die Angelegenheit.

cs

Heißer Preis

Zu viel der Ehre hat die Bauernstimme in ihrer letzten Ausgabe irrtümlicherweise dem Präsidenten des Bauernverbands Gerd Sonnleitner zugesprochen. Für das Ausspionieren der Bauern über ihren Anbau bekam nicht Sonnleitner den Big Brother Award, den Oscar für Datenschutzsünder, sondern für die Saatgut-Treuhandverwaltungs GmbH (STV) Geschäftsführer Dirk Otten. Rena Tangens begründete in der Laudatio die Preisverleihung: „Woher die Saatgut-Treuhand die Adressen der Bauern hat, bleibt ihr Geheimnis. Nach eigenen Angaben hat sie dafür Telefon-CDs nach Berufsbezeichnungen oder Angaben wie ‚Hof Soundso‘ durchsucht. Jedoch erhielten auch Bauern von der Saatgut-Treuhand Post, die keine solche Angaben im Telefonbuch haben. ... Hier wird eine neue zentrale Datensammlung angelegt, mit detaillierten Angaben wo, was, von wem, auf welcher Fläche, wie viel etc. angebaut wird. Die Saatgut-Treuhand ist dabei keine neutrale Clearingstelle, sondern sie ist im Auftrag der Saatgutindustrie tätig.“ Nur gut, dass es da als Gegengewicht die IG Nachbau gibt.

Kleinbäuerlicher Betrieb als „Latifundium“

Polnische Bauern und Bäuerinnen suchen Erfahrungsaustausch in Deutschland

Vierundzwanzig Bauern und Bäuerinnen, Gemeindevertreter und Gewerkschaftler aus der südpolnischen Gemeinde Zamosc, Wojewodschaft Lublin, führen im Oktober auf Einladung der Uni Kassel nach Nordhessen. Sie unternahmen eine Informationsreise mit abschließender Tagung zum Thema „Existenzsichernde Strategien für kleinbäuerlich strukturierte Betriebe in der regionalen und ökologischen Landwirtschaft“.

Auf den ersten Blick sind die Probleme in Nordhessen und Zamosc durchaus ähnlich gelagert: hier wie dort kleinstrukturierte bäuerliche Betriebe, die dem wachsenden Preisdruck standhalten müssen, wenig Kaufkraft, hohe Arbeitslosigkeit, niedrige Einkommen aus der Landwirtschaft.

Die Gemeinde Zamosc

Zamosc liegt im Süden Polens und hat etwa 20.000 Einwohner. Aufgrund der sehr guten Böden werden vorrangig Weizen und Zuckerrüben angebaut, aber auch andere Getreide sowie Kartoffeln und Raps. Ackerbau spielt mit 88 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche die mit Abstand wichtigste Rolle.

Es gibt ungefähr 4500 landwirtschaftliche Betriebe, von denen über die Hälfte kleiner als ein Hektar sind. Die durchschnittliche Betriebsgröße liegt in Zamosc bei 3,6 Hektar; und diese Zahl müsste, ginge man nach der Mengenverteilung der Betriebe, deutlich nach unten korrigiert werden.



Bürgermeister Ryszard Gliwinski sucht Perspektiven für die Bauern von Zamosc. Foto: Leonhardt

25 Prozent der Bevölkerung arbeiten in der Landwirtschaft (in Nordhessen nur noch 1,5 Prozent!). Die Arbeitslosigkeit in der Region liegt bei über 20 Prozent.

Angesichts der drohenden sozialen und wirtschaftlichen Folgen des Strukturwandels – alternative Beschäftigungsmöglichkeiten in Industrie oder Dienstleistung sind kaum vorhanden – ist es das Anliegen der Gemeindevertreter von Zamosc, die so genannten „mittleren“ Betriebe (definiert als Betriebe von 1 bis 5 ha Fläche) zu unter-

stützen und ihnen neue Einkommensperspektiven zu schaffen. Hierbei geht es um ca. 1500 Betriebe in der Region.

Zwei Ideen, wie diese Einkommenssteigerung erreicht werden könnte, sind Ökolandbau und Agrotourismus.

Deutliche Unterschiede

Dietmar Groß, AbLer und Bioland-Bauer aus Mühlhausen, war geladen, um über die Situation der bäuerlichen Landwirtschaft in Nordhessen zu berichten. Auch in seiner Region ist die Arbeitslosigkeit hoch, sie liegt bei 12 Prozent, und aus Mangel an Einkommensalternativen ziehen viele junge Leute in die Städte.

Dietmar Groß bewirtschaftet 40 ha – normal in Hessen, aber mehr als das Zehnfache an Fläche eines Durchschnittsbetriebes in Zamosc. Einer der polnischen Bauern sprach aus, was alle dachten: Das ist für sie ein Latifundium, Großgrundbesitz, das Ziel ihrer Träume.

Auch die Einkommenssituation macht die Unterschiede deutlich: In Nordhessen liegt das durchschnittliche monatliche Einkommen eines Landwirtes bei 1450 Euro brutto.

Das ist, verglichen mit anderen Berufsgruppen und den hohen Lebenshaltungskosten in Deutschland, sehr wenig – für die Bauern aus Zamosc, die mit einem Bruchteil dessen auskommen müssen, jedoch unglaublich viel.

Landwirtschaft und Tourismus

Auch in den Bereichen Ökolandbau und Agrotourismus werden schnell Differenzen sichtbar: Der von der polnischen Gruppe besichtigte Ferienhof Groh hat Tourismus als zusätzliche Einkommensquelle aufgebaut. Das Betriebsleiterpaar bewirtschaftet einen Biobetrieb mit 40 ha Fläche und bietet Urlaubern ein vielseitiges Bild von Landwirtschaft aus nächster Nähe. Der „Agrotourismus“-Betrieb von Jozef Demendecki aus Zamosc, der seit Mitte der neunziger Jahre Feriengäste beherbergt und sich auf die Verkösti-

gung von großen Familienfeiern spezialisiert hat, hat sich hingegen von der praktischen Landwirtschaft völlig verabschiedet. Lediglich die Speisen werden mit Lebensmitteln aus der Region zubereitet. Alle Tiere wurden abgeschafft („weil der Ge-



Zamoscs Umweltberater Jerzy Siolek präsentiert das Banner der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit beim Melkroboter auf Hof Niedermühle im Knüllwald, der – neben neun anderen Betrieben – von der Gruppe besichtigt wurde. Foto: Tagungsteam Uni Kassel

rech die Gäste störte“, die anderen Teilnehmer nickten zustimmend), die landwirtschaftlichen Gebäude umgenutzt.

Keiner aus der polnischen Gruppe kann sich vorstellen, dass sich Urlauber dafür interessieren könnten, wie eine Kuh gemolken oder Brot gebacken wird. „Das wissen doch alle“, ist die einstimmige Meinung. Selbst Polens Stadtbevölkerung habe über Verwandte und Familie immer noch einen engen Bezug zum Landleben, sagen sie.

Ökolandbau als Chance?

In Deutschland kann der ökologische Landbau auf eine gewachsene Struktur zurückblicken, entstanden aus einer Kooperation von Verbrauchern und Bauern, mit mühsam aufgebauten Kundenstämmen, Direktvermarktung und regionalem Bezug. Erst in den letzten Jahren und durch veränderte politische Rahmenbedingungen hat der Ökolandbau den Sprung aus der Nische gewagt (und es stellt sich noch immer die Frage: Zu welchem Preis?).

In Polen hingegen ist die Bedeutung des Ökolandbaus nach wie vor verschwindend gering: Im Jahr 2003 waren nur 0,3 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche ökologisch bewirtschaftet.

Seit dem EU-Beitritt jedoch steigt die Zahl der Ökobetriebe aufgrund der Fördergelder und der erhofften höheren Preise sprunghaft an. Doch weder gibt es (außer in Großstädten wie Warschau) einen regionalen Markt für Ökoprodukte noch Verarbeitungsbetriebe im Land. Der Ökoland-

Polnischer Bauernaktivist freigesprochen

Der polnische Aktivist Marian Zagorny wurde wegen Blockaden von illegalen Importen mit gentechnischem Getreide verklagt. Mit Kollegen der Bauernorganisation „Solidarni“ protestierte er gegen die Einführung von Gentechnik in der polnischen Landwirtschaft und die industrielle Schweinehaltung. Doch das Gericht erkannte an, dass seine Aktionen dem Schutz der polnischen Landwirtschaft und die Gesundheit der Bevölkerung dienen sollten und somit nicht als kriminell gelten.

ms



Bäuerin Urzula Kyc kam aus Zamosc nach Nordhessen, um Eindrücke und Ideen zu sammeln, wie sie die Existenz ihres Hofes sichern kann.

Foto: Leonhardt

Betriebsportrait

Urzula Kyc ist 37 Jahre alt. Sie hat Landwirtschaft gelernt. Zusammen mit ihrem Mann bewirtschaftet sie einen 8-Hektar-Betrieb (davon 4 gepachtet) in der südpolnischen Region Zamosc. In den Ferien helfen ihre 12 und 15 Jahre alten Kinder mit. Der Betrieb ist überdurchschnittlich groß für die Region, und, was ebenfalls selten ist, ein Milchviehbetrieb. Auf den Flächen werden Rüben und Futtergras angebaut, ein Teil ist Weide. Es gibt sechs Kühe und zwei bis drei Färsen. Außerdem wird auf einem halben Hektar Tabak angebaut. Die arbeitsintensive Ernte funktioniert mit Nachbarschaftshilfe – sechs weitere Bauern im Dorf bauen ebenfalls Tabak an. Da das Einkommen aus der Landwirtschaft nicht ausreicht, haben sich die Kycs eine Milchkühlung zugelegt und kaufen Milch von Kleinbetrieben aus der Nachbarschaft zu – eine Mini-Molkerei sozusagen. Doch die Gewinnspanne ist gering, denn nur umgerechnet knapp 25 Cent zahlt die echte Molkerei pro Liter.

al

Kurzes am Rande

Westfleisch im Verdacht

Gegen gleich elf Manager der westfälischen Schlacht- und Fleischgenossenschaft Westfleisch ermittelt die Bielefelder Staatsanwaltschaft, berichtete des WDR. Vorgeworfen wird ihnen demnach, ausländische und deutsche Arbeitnehmer illegal beschäftigt zu haben. Der Schaden gehe in die Millionen, vermute die Bielefelder Staatsanwaltschaft. Vor allem Sozialabgaben und Steuern seien zu wenig gezahlt worden. Die Arbeiter seien zwar offiziell bei Subunternehmern beschäftigt gewesen, aber in den Westfleisch-Werken faktisch wie Mitarbeiter von Westfleisch eingesetzt worden. „Wir haben Anhaltspunkte, dass die Arbeiter Stunden aufgeschrieben haben“, nennt Falk Schnabel von der Schwerpunktstaatsanwaltschaft für Wirtschaftskriminalität in Bielefeld gegenüber dem WDR ein Beispiel. Genau das sei dann aber illegale Arbeitnehmerüberlassung. Westfleisch hat dem WDR gegenüber mitgeteilt, dass Westfleisch dafür einstehen werden, „wenn Fehler passiert sind“. pm

Gericht weist Parmalat zurück

Der weltweit tätige Molkereikonzern Parmalat mit Sitz in Italien hat vor dem Gericht in Parma eine Niederlage einstecken müssen. Das Gericht lässt beim Verfassungsgericht ein Gesetz überprüfen, auf dem sich Parmalat bei seinen horrenden Forderungen an verschiedene Banken beruft. Mit ihren Zweifeln an der Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes folgen die Richter der Argumentation der Großbank HSBC, schreibt das Handelsblatt. Zu den weiteren Banken, die betroffen sind, zählt auch die Deutschen Bank, von der Parmalat rund zwei Mrd. Euro fordert. Parmalat war im Dezember 2003 zusammengebrochen, nachdem eine Schuldenlast von insgesamt 14 Mrd. Euro ans Tageslicht kam. Der als Insolvenzverwalter gestartete und mittlerweile als Vorstandsvorsitzende agierende Enrico Bondi hat das Unternehmen drastisch restrukturiert. Nun machte er gegenüber den Kredit gebenden Banken Forderungen von mehr als 20 Mrd. Euro geltend mit dem Argument, die Banken hätten – dem umstrittenen Gesetz zufolge – alle Transaktionen rückgängig machen müssen, die nach dem Zeitpunkt erfolgten, zu dem sie von den Problemen des Unternehmens erfahren hatten.

pm

Klimakatastrophen in US-Landwirtschaft

Der Hurrikan „Katrina“ hat laut US-Schätzungen zu Schäden in der Landwirtschaft in Höhe von 900 Mio. Dollar geführt, sein Nachfolger „Rita“ noch einmal zu einem Verlust in Höhe von 20 Prozent des Agrar-Produktionswerts, die Trockenheit im Mittelwesten könnte weitere Ernteauffälle von 1,3 Mrd. Dollar verursachen. pm

Keine panamerikanische Freihandelszone

Die Pläne für eine panamerikanische Freihandelszone (ALCA) sind auf Eis gelegt. Die Staats- und Regierungschefs von 34 Ländern des Kontinents konnten sich in ihrem Gipfeltreffen am ersten Novemberwochenende im argentinischen Mar del Plata nicht einmal auf ein konkretes Datum zur Wiederaufnahme der Verhandlungen einigen. Die USA hatten sich mit Unterstützung Mexikos dafür eingesetzt, die Gespräche über eine solche Freihandelszone von Alaska bis Feuerland spätestens im April 2006 neu zu beginnen. Dies war aber auf den Widerstand der Mercosur-Staaten Brasilien, Argentinien, Paraguay und Uruguay gestoßen. Am Rande des Gipfels kam es vermehrt zu antiamerikanischen Protesten. pm

Oberösterreich will in Berufung gehen

Das Bundesland Oberösterreich will gegen einen Entscheid des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) Berufung einlegen, wonach das in dem Bundesland geltende Verbot für gentechnisch veränderte Pflanzen (GVO) aufzuheben ist (siehe Bauernstimme 11/05, S. 11). Das meldete der Schweizer Info-Dienst LID. Oberösterreich hofft in dem Berufungsverfahren formale Mängel der Kommissionsentscheidung aufgreifen zu können. Die EU-Behörde habe sich in der Beurteilung nur auf ein Gutachten der EU-Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) gestützt, Oberösterreich aber nicht selbst angehört. Neben der Berufung werde Oberösterreich gleichzeitig die Arbeiten an einem Gentechnik-Vorsorgegesetz vorantreiben, habe der Landeshauptmann Josef Pühringer angekündigt, da das Bundesland nach dem negativen EuGH-Urteil eine sofortige Lösung brauche. Das Vorsorgegesetz wäre die zweitbeste Lösung nach dem ursprünglich vorgesehenen totalen Anbauverbot für GMO. pm

bau in Polen ist daher in großem Umfang auf den Export ausgerichtet. Es gibt einige (auch deutsche) Lebensmittelkonzerne, die die Ökoerzeugnisse vor Ort aufkaufen. Da sie keine Konkurrenz haben, diktieren sie den Bauern die Preise. Trotzdem liegen diese im Schnitt ca. 30 Prozent höher als für konventionelle Ware.

Ein polnischer Ökobauer fragte die deutschen Teilnehmer nach Möglichkeiten, mit seinen Produkten direkt auf den deutschen Markt zu kommen – er könne bei gleicher Qualität die deutschen Erzeugerpreise bei weitem unterbieten.

Zamosc und Europa

Genau das ist es, was die meisten Bauern aus Zamosc suchen: einen direkten Zugang zum deutschen Markt. Sie sehen wenig Perspektiven für eine Einkommenssteigerung durch Direktvermarktung in ihrer Region, schließlich gibt es in der Kreisstadt Zamosc schon drei Wochenmärkte, die bei der Bevölkerung sehr beliebt sind, aber weil die Lebensmittel dort deutlich billiger sind als im Supermarkt. Die Region ist arm, wenig Kaufkraft, hohe Arbeitslosigkeit – und jeder hat noch irgendwo Verwandtschaft auf dem Dorf, wo er günstig oder umsonst an landwirtschaftliche Erzeugnisse kommt. Der EU-Beitritt hat den Bauern von Zamosc aus ihrer Sicht bisher nur Nachteile gebracht: die Preise (für konventionelle Produkte) sind drastisch gesunken, die für Produktionsmittel angestiegen, und mit den vielen neuen Auflagen, Anträgen und Kontrollen sind sie völlig überfordert. Nun hoffen viele wenigstens auf neue Vermarktungsperspektiven – das ist durchaus verständlich. Entsprechend aufmerksam wurde deshalb verfolgt, was Franz-Joseph Dohle zu der Gründung und den Erfolgen der Milcherzeugergemeinschaft Sauerland berichtete. Die spontane Reaktion eines polnischen Teilnehmers („Das geht bei uns

nicht, das ist nur mit der Gründung einer Firma möglich“) war Gegenstand kontroverser Debatten. Wieso sollte es nicht auch in Polen gehen, dass sich Bauern zusammenschließen und ihre Milch gemeinsam vermarkten?

Fazit

Was bleibt, als die Gruppe aus Zamosc wieder abgereist ist? Viele neue Eindrücke auf beiden Seiten, Ideen und Informationen – doch die Frage nach existenzsichernden Strategien in der regionalen und ökologischen Landwirtschaft konnte nicht wirklich beantwortet werden. Viele der vorgestellten nordhessischen Konzepte lassen sich in Zamosc nicht umsetzen, jedenfalls nicht in dieser Form. Dennoch war es nach Aussage der polnischen Teilnehmer interessant und ermutigend, Bauern zu treffen, die auf unterschiedlichste Weise abseits vom Strukturwandel bestehen können. Nun ist es an den Bauern in Zamosc, eigene Strategien zu entwickeln – es wird sicher nicht leicht sein, der Gewalt des bereits einsetzenden Strukturwandels eine Alternative entgegenzustellen. Dennoch, zurück in Polen berichteten die Bauern im Gemeindeblatt und im Lokalradio von ihren Eindrücken, die sie in Nordhessen gewonnen haben. Mutlos oder demotiviert klangen sie dabei gar nicht.

al

Außerfamiliäre Hofabgabe – ein Erfahrungsbericht

Klaus Leiter hat bereits einen Abgabeversuch hinter sich. Doch das hat ihn nicht demotiviert.

Landfrauen: Existenzgründungen fördern!

Die Vorsitzende des Deutschen Landfrauenverbandes (DLV), Erika Lenz, fordert, Existenzgründungen in der Landwirtschaft und den Aufbau neuer landwirtschaftsnaher Betriebszweige stärker zu fördern. Diese leisten nach ihren Worten einen wichtigen Beitrag zum Erhalt und zur Schaffung von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum. Sie sprach sich auf der Landes-Vorstands-Sitzung in Berlin dafür aus, Investitionen für Einkommenskombinationen dauerhaft im Agrarinvestitions-Förderprogramm (AFP) zu verankern und das förderfähige Mindestvolumen auf 10.000 Euro festzulegen. Insbesondere Existenzgründerinnen würden oft zunächst lieber nur geringe Investitionen tätigen. Daher sei es von besonderer Bedeutung, hier angepasste Förderprogramme zu entwickeln, denn Einkommenskombinationen auf landwirtschaftlichen Betrieben würden überwiegend von Frauen aufgebaut. Außerdem sei wichtig, dass alle, insbesondere auch die weiblichen landwirtschaftlichen Nachwuchskräfte, während ihrer Ausbildung stärker als bisher auf Existenzgründungen vorbereitet würden. *pm*

Der Eekenhof im niedersächsischen Varel am Jadebusen ist 250 Jahre alt und seit 160 Jahren im Familienbesitz. Alte Eichen („Eeken“) umstehen das romantische Anwesen, ein neuer, moderner Laufstall mit viel Licht und Luft bietet einen gelungenen Kontrast. Klaus Leiter, der Bauer, ist der einzige Sohn seiner Eltern neben zwei Töchtern, und war somit von klein auf als Hoferbe vorgesehen. Er absolvierte eine landwirtschaftliche Lehre und ein Agrarstudium.



Der Eeken-(=Eichen-)Hof in Varel ist ein schönes Fleckchen, das Klaus Leiter erhalten will. Fotos: Leiter

Entschluss zur Verpachtung

Nach dem Studium und einem vierjährigen Auslandsaufenthalt übernahm Klaus Leiter den Hof von seinen Eltern und stellte ihn bald darauf, im Jahr 1989, auf ökologischen Landbau um. Die Ausrichtung auf Milchvieh und Ochsenmast wurde beibehalten, der Betrieb ist seit über 20 Jahren ein reiner Grünlandbetrieb. Zusätzlich wurde ein Hofladen etabliert, der von Anfang an als eigenes Gewerbe betrieben wurde. Klaus Leiter war nun also Bauer und Ladenbesitzer und Vater, denn mit seiner Lebensgefährtin, einer homöopathischen Ärztin, bekam er zwei Töchter. Der Naturkostladen lief gut an, nach und nach entstand dort eine neue volle Arbeitsstelle. Da er den Betrieb nicht aufgeben wollte, aber beides, Landwirtschaft und Laden, allein nicht schultern konnte, reifte in ihm der Entschluss, die Landwirtschaft insgesamt zu verpachten und selbst nur den Hofladen weiterzuführen.

Er suchte über Anzeigen in Fachzeitschriften und Aushänge an Hochschulen nach geeigneten Pächtern. Schließlich wurde er fündig. Beim Aushandeln des Pachtvertrages standen ein Landvolkberater und ein Steuerberater helfend zur Seite. Anfangs lief alles gut. Doch nach sechseinhalb Jahren wurde das Pachtverhältnis trotzdem aufgelöst. Warum?

Gründe für das Scheitern

„Worüber wir uns kaum Gedanken gemacht hatten, waren die Emotionen, die mit einer Abgabe bzw. Übernahme verbun-

den sind“, sagt Klaus Leiter rückblickend. Er als Altbauer wollte natürlich, dass das Geleistete erhalten und gewürdigt wurde, wollte sein Wissen und seine Erfahrungen weitergeben. Das wurde von den Neueinsteigern aber oft als Bevormundung erlebt. Auch die räumliche Nähe stellte sich als Problem heraus. Die Neuen fühlten sich oft überwacht, kontrolliert. Klaus Leiter nennt ein Beispiel:

„Eine Forke ist umgefallen, Spitzen nach oben. Wenn ein Hofkunde oder Besucher sie wieder richtig hinstellt, denkt der neue Bauer „...prima, mitgedacht“. Mache ich aber das Gleiche als Altbauer, kann es gut sein, dass er das als Kontrolle wahrnimmt.“

Schwierig war auch, dass manche Dinge nicht klar genug geregelt waren. Zum Beispiel, wie viel Klaus Leiter noch auf dem Hof mithilft, oder auch die genaue Staffelfung des Pachtpreises.

Hofabgabe bietet Perspektiven

Klaus Leiter hält die Hofabgabe außerhalb der Familie trotz seiner persönlichen Erfahrung weiter für sinnvoll und wichtig für die Zukunft der Landwirtschaft und der ländlichen Entwicklung. Denn sie bietet seiner Ansicht nach nicht nur Arbeitsplätze für Quereinsteiger, sondern auch Perspektiven für Altbauern, die ihr Lebenswerk nicht auseinanderfallen sehen wollen.

Zudem bringen neue junge Leute wieder frischen Wind, beleben die dörfliche Kultur mit ihren Ideen und leben eine Alternative zum ewigen „Wachsen oder Weichen“ vor. Beim nächsten Versuch würde er allerdings einiges anders machen, denn aus seinen eigenen Erfahrungen und einer berufsbegleitenden Ausbildung zum Trainer/Coach, die er in den letzten Jahren absolviert hat, hat er viel gelernt.

Klare Entscheidungen

Viele Bauern würden gerne ihren Hof weiterleben sehen, doch sie zögern die Entscheidung oft so weit hinaus, dass sie am Ende ihre Arbeit nicht mehr schaffen können und der Hof zerfällt. Jeder kenne solche Fälle, meint Klaus Leiter, hier müsste Beratung und Unterstützung von außen helfen. Ein Grund für das Zögern sind die Emotionen. Ein unabhängiger Dritter kann den Blick hinter die Emotionen lenken, Zweifel und Aufregung glätten. Nicht im Sinne von unter den Teppich kehren, sondern um bewusste Entscheidungen zu treffen. „Dabei ist allerdings außerordentlich wichtig, ergebnisoffen zu schauen, die Ent-

scheidung kann dafür oder dagegen sein, wichtig ist, dass entschieden wird“, befindet der frischgebackene Coach. Er ist sich inzwischen sicher, dass ein Aussenstehender, der den Prozess der Hofabgabe begleitet, die Entscheidung erleichtert.

Aufgrund seiner persönlichen Erfahrungen und der durch seine Ausbildung erlangten Kompetenzen würde Klaus Leiter gern Altbauern beraten. Schwierig ist noch, einen geeigneten Rahmen zu finden, in dem die Beratung stattfinden kann, ein Forum, mit dem interessierte abgebende Landwirte erreicht werden – denn bisher gibt es so etwas nicht. Geplant ist, dass er Ende Februar im Rahmen eines Seminars des AK Hoffinder eine Einheit für abgabeinteressierte Altbauern anbietet.

Wie geht es weiter?

Für seinen eigenen Hof hat Klaus Leiter sich – zunächst – für einen anderen Weg entschieden: „Jetzt ist es so, das ich den Hof eher im Nebenerwerb führe, da ohne Milchvieh, das Jungvieh relativ wenig Arbeitszeit bindet und auch zeitlich flexibler versorgt werden kann. Wenn es trotzdem eng wird, kann ich stundenweise auf Hilfe aus der Nachbarschaft zurückgreifen. Die Ernte wird teilweise von einem Kollegen gemacht, der auch einen Teil des Futters bekommt, bestimmte Arbeiten werden vom Lohnunternehmer erledigt.“

Trotzdem ist für den Eekenhof das Thema außerfamiliäre Hofabgabe nicht vom Tisch, obwohl aktuell nicht gesucht wird.

Doch wenn die Chemie stimmt, kann sich Klaus Leiter gut vorstellen, den Betrieb wieder in „fremde Hände“ zu geben. Er denkt auch darüber nach, den Hof in eine Stif-



Klaus Leiter und seine Lebensgefährtin.

tung umzuwandeln. Betriebliche Entwicklungsmöglichkeiten sieht er viele – zum Beispiel im Gemüsebau oder Pensionspferdehaltung. Aber diese Entscheidungen müssen dann schon die Neuen treffen...

al

Klaus Leiter lebt auf seinem Hof an der Nordsee. Tel: 04451-959710, Fax: 959711, e-mail: eekenhof@t-online.de. Der Arbeitskreis Hoffinder ist im Internet unter www.hoffinder.de oder telefonisch über 05542 / 98 1603 zu erreichen, Ansprechpartner: Christian Vieth.



Wenn Josef Jacobi (2. v.l.) sich freut, steckt das an: „Bürgermeister“ Frank Baumann (l.), F.W. Graefe zu Baringdorf, Antje Vollmer und Georg Janßen. Zu den Gratulanten gehörte u.a. auch NRW-Minister Eckehard Uhlenberg (nicht im Bild). Foto: Jasper

60 Jahre und immer wieder CDU

Josef Jacobi feierte seinen Geburtstag

Die Laudatio des Zimmermanns und „Bürgermeisters“ Frank Baumann aus Borgentreich-Körbecke hatte es in sich. Zuerst begrüßte er ein SPD-Mitglied im Saal, womit der Ortsverband vollständig vertreten war. Dann begrüßte er den ein oder anderen linken Rebell, der auch zur Gratulanten-schar gehörte. Und so kam er schnell zur Majorität im Dorf: „Ich begrüße den lang-jährigen Vorsitzenden der Jungen Union in Körbecke, ... CDU. Ich begrüße einen feder-führenden Initiator des Jugendtreffs ‚Kieck in‘ an der Katholischen Landvolkshochschule Hardehausen, ... CDU.“ Es folgten „der Mitbegründer der Bürgerinitiative Lebenswertes Bördeland und Diemeltal, die erfolgreich gegen die Ansiedlung einer Sondermülldeponie im Kreis Höxter kämpfte, ... CDU“, dann „der langjährige Bundesvorsitzende der Widerstand und Selbsthilfe leistenden Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, AbL, ... CDU“ und nicht zuletzt „der Gründer und heutige Aufsichtsratsvorsitzende der Upländer Bauernmolkerei, ... CDU“. Die Palette der dörflichen, bäuerlichen und kulturellen Aufgaben, die Josef Jacobi, eben von Jugend an Mitglied im CDU-Ortsver-

band, bislang ausfüllt oder denen er gerade nachkommt, ist groß und wirklich beeindruckend. Nur gut, dass bei soviel Union nicht versäumt wurde, auch Heike Schäfer-Jacobi, „Bündnis 90/Die Grünen, Ortsverband Körbecke“, gebührend zu begrüßen.

Natürlich wurde auch an Josef Jacobis Einsatz für die damals gerade neu eingefasste und geteerte Hauptstraße erwähnt, als er sich und einen Traktor vor einen Panzer stellte. „Hier kommt Ihr nicht durch!“, rief er damals und setzte sich durch, die Panzer drehten um.

Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf, mit dem der Jubilar nicht nur eine schon so manches Jahrzehnt währende agrarpolitische Freundschaft verbindet, würdigte aus Anlass des Tages die positive bäuerliche Dickköpfigkeit, mit der Josef Jacobi immer wieder Beispiele gesetzt hat, die weit über die Region hinaus ausstrahlen.

60 Jahre. Selbstverständlich wurde das ordentlich gefeiert in der Körbecker Gemeindegalerie. Wenn überhaupt, war da ein kleines Gefühl von Halbzeit, aber ohne Pause – wofür auch...

uj

Innovationspreis an Upländer

Für ihre „Erzeuger Fair Milch“ und ihr neuartiges und gut durchdachtes Marketingkonzept wurde die Upländer Bauernmolkerei GmbH, Willingen-Usseln, mit dem zweiten Platz in der Kategorie Mittelstand des Innovationspreises Bio-Lebensmittel-Verarbeitung ausgezeichnet. Der Preis, den die Schweisfurth-Stiftung in Kooperation mit der Koelnmesse/Anuga und finanziell unterstützt vom BMVEL ausgeschrieben hatte, wurde auf der Messe Anuga in Köln verliehen. 42 Unternehmen hatten sich beworben. Bei den Upländern überraschte die Jury vor al-

lem das Modell „Erzeuger Fair Milch“. Wer die Milch kauft, zahlt für die regionalen Bauern 5 Cent/Liter zusätzlich. Der Erfolg überraschte selbst die Initiatoren: Gemäß einer vorher durchgeführten Befragung hätte der Absatz um 10 - 20 Prozent sinken müssen. Die Realität in den Bioläden zeigte jedoch das Gegenteil: Der Absatz stieg um 10 - 20 Prozent. Und: Je deutlicher im Geschäft auf den Preisaufschlag hingewiesen wird, desto größer ist die positive Resonanz.

pm

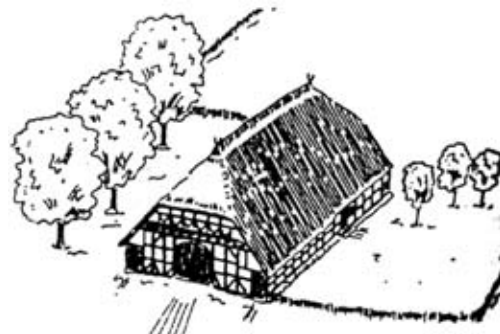
Nie wieder! Oder doch?

Alle zwei Jahre das gleiche Spiel. Lange zaudere und zögere ich, und dann sag ich doch: Gut, lass uns zur Agritechnica fahren. Was machen wir Bauern im Dorf denn sonst noch zusammen? Und es ist wie sonst auch: Alle zwei Jahre sind wir einer weniger. In diesem Jahr fahren wir zu zweit.

Alle zwei Jahre das gleiche Spiel. Schon auf der Autobahn Richtung Hannover spielen wir Bauernraten. Der Geländewagen da, guck mal, wie dreckig. Garantiert Bauern! Und wir überholen und sehen: Wachsacke, Karohemd, gerötete Gesichtshaut: Bauern! Je näher wir Hannover kommen, desto größer wird die Bauerdichte auf der Bahn! Boah, wie viele Bauern das noch gibt! Dann, vor und in den Messehallen: Bauern, Bauern und nochmals Bauern! Diejenigen, die mit den Bussen der Landtechnikhändler kommen, sind schon in der Schlange vor dem Eingang reichlich angeschickert. Bäuerinnen sieht man kaum: Sie hüten Haus und Hof.

Die erste Halle. Wie alle zwei Jahre das Gefühl, am falschen Ort zu sein. Maschinen, größer als Einfamilienhäuser. Messepräsentationen, teurer als Einkaufszentren. Sofort verteufele ich meine Entscheidung, mitgefahren zu sein. Ich hätte so schön zuhause bleiben können!

Willenlos lasse ich mich durch die Hallen spülen. Warum nur fotografieren alle die Maschinen mit ihren Digitalkameras oder Handies, statt sich am Stand einen Prospekt zu holen?



... aus Schleswig-Holstein

Ich lande vor einer Videowand. Ich lese: „Weltrekord! 350 Hektar Weizen in 24 Stunden bestellt!“ Ich sage leise: „Ich schaffe 24 Hektar in 350 Stunden!“ Ein treckeräugiger Jungspund dreht sich um und guckt mich mitleidig an. Dann holt er sein Videohandy raus und filmt sich den Film

von der Leinwand ab. Nun gucke ich mitleidig.

Zeit für eine Pause. Irgendwo gibt es eine Vortragsrunde mit dem Titel: „Koexistenz – machbar in Deutschland?“ Eine Veranstaltung der durch und durch verdorbenen Pflanzenzüchtermafia. Am Beispiel von Mais spielen sie das Koexistenzthema durch. Nur glühende Gentech-Befürworter auf dem Podium. Fazit: Pollen fliegen nur zehn Meter weit. Auskreuzung gibt es nicht. Die Scheißgrünen sollen sich mal nicht so anstellen. Mir ist, als müsse ich kotzen. Schnell springe ich auf. Raus aus der Halle, frische Luft! Wie gottverdammte schön ist es doch, frische, kühle Luft durch die Lungen zu spülen...

Was für ein verlorener Tag, denke ich, da sehe ich in der Fendt-Halle eine riesige Traube von Bauern, die sich um einen Trecker wickelt. Was zum Teufel ist denn das? Ich traue meinen Augen kaum. Ein Trecker, groß wie eine Ostseefähre, und was für eine Aufmachung! Vor mir steht der erste Ludenfendt, den ich jemals sah: edel schwarz lackiert, mit Alufelgen und einem Kühlergrill aus Platin. Mehr Scheinwerfer als alle Trecker unseres Dorfes zusammen, einige davon aerodynamisch in die Spiegel eingelassen. Dieser Fendt ist der pure Sex, denke ich und fasse mir in den Schritt, ebenso wie die anderen 500 Bauern, die gerade ehrfürchtig um den Ludenfendt herumscharwenzeln. Ich lese in ihren Gesichtern: „Oh Gott, einmal mit diesem Teil bei der Landjugendfete in Albersdorf Besoffene plattfahren! Da wär ich der King!“ Manch einer, da bin ich mir sicher, würde seine Frau verkaufen, wenn er dafür diesen Trecker bekäme! Ach was, wenn er nur einmal damit durchs Dorf fahren könnte!

Ich reiße mich los! Gelernt habe ich heute nichts. Eins ist sicher: Nie wieder fahre ich zur Agritechnica. Und ich weiß: In zwei Jahren bin ich wieder da!

Wie leicht hätte es anders kommen können

Bauerntöchter aus Ost- und Westdeutschland erzählen ihre Geschichte

Taschenkalender

Ansprechend und übersichtlich gestaltet, praktisch und handlich ist der *Ökokalender 2006*, herausgegeben von Robin Wood. Nebst dem üblichen Kalendarium mit Wochenübersicht pro Doppelseite (und Leseband für die aktuelle Woche!), Ferienterminen und Adressverzeichnis finden sich in diesem hübschen Taschenkalender mit einem herrlich herbstlich-rot gefärbten Ahorn als Umschlagbild auch interessante Informationen und Verbrauchertipps; zum Beispiel zu Tropenholz und Recyclingpapier, Ökostrom und Altbautsanierungen. *al*

Robin Wood: *Ökokalender 2006*, 256 Seiten, Format A6, 7,95 Euro (zzgl. Versandkosten). Zu beziehen in jeder Buchhandlung oder beim VERLAG DIE WERKSTATT, Lotzestr. 24a, 37083 Göttingen, Tel. 0551/7700557, Fax 7703412, E-Mail: werkstatt-verlag@t-online.de

Wandkalender

Schön anzuschauen und außerdem informativ ist der *Fotowandkalender 2006*, herausgegeben von Misereor und *Brot für die Welt*. 13 Motive aus 10 Ländern ermöglichen einen gelungenen Einblick in die Lebenswelt der Menschen in Afrika, Asien und Lateinamerika. Die Begleittexte auf den Rückseiten der Kalenderblätter geben Hintergrundinformationen über die Menschen und das Land, aus dem das jeweilige Bild stammt. Das außergewöhnliche Format 56 x 26 cm unterstützt die lebendige Atmosphäre der Aufnahmen. *pm*

Fotowandkalender 2006, Spiralbindung, 10,50 Euro plus Versand, zu beziehen bei MVG Medienproduktion und Vertriebsgesellschaft mbH, Boxgraben 73, 52064 Aachen, Telefax: 0241 / 4 79 86 - 745, E-Mail: info@eine-welt-mvg.de, Telefonische Bestellannahme: 0180 / 5 200 210 (12 Cent/Min. Telekom-Tarif)

Achtzehn Frauen erzählen ihre Geschichte, elf aus Ost- und sieben aus Westdeutschland. Der Ost-West-Vergleich von Lebens- und Arbeitsbedingungen, von Kindheit und beruflicher Prägung ist die Besonderheit dieses nunmehr dritten Bandes aus der Reihe „Bauerntöchter erzählen ihre Geschichte“. Die Kindheit und Jugend der ostdeutschen Frauen in den sechziger und siebziger Jahren ist geprägt von der LPG-Wirtschaft, wo ihre Eltern, ehemals selbstständige Bauern, nun als Mitarbeiter tätig sind. So mancher geht darüber die bäuerliche Identität verloren, wie zum Beispiel Maria, die heute wieder als Milchbäuerin in Niedersachsen lebt:



„Ich fühlte mich nie als Bauerntochter. Ich verband mit dem Bauer-Sein keine Lebensform. Gerade mal einen Beruf oder eine Arbeitsstelle, wie jede andere auch.“

Bei anderen existiert neben der LPG noch eine kleine private Landwirtschaft zu Hause, so dass das Verbundenheitsgefühl mit der Landwirtschaft trotz Kollektivierungszwang bleibt. Neben vielen Unterschieden zwischen Ost und West gibt es auch viele Gemeinsamkeiten zu entdecken. Wie schon bei den beiden vorigen Bänden macht es Spaß, die Lebenswege der einzelnen Frauen zu verfolgen. Viele sind der Landwirtschaft treu geblieben, andere sind nach (oft mehrjährigen) Unterbrechun-

gen zu ihr zurückgekehrt, wieder andere leben heute in der Stadt und das einzige, was sie mit der Landwirtschaft verbindet, sind ihre Kindheitserinnerungen. Die kurzen Episoden, die die verschiedenen Lebensentwürfe widerspiegeln, lesen sich spannender als jede agrargeschichtliche Abhandlung und bieten doch ganz nebenbei eine Fülle von Informationen über das bäuerliche Leben der vergangenen Jahrzehnte im geteilten Deutschland.

Ein unterhaltsames, spannendes, nachdenkliches Buch, das dazu einlädt, den eigenen Lebenslauf zu reflektieren und in Relation zu setzen – prima geeignet als Weihnachtsgeschenk für alle Bäuerinnen und Bauerntöchter. *al*

Ulrike Siegel (Hrsg.): *Wie leicht hätte es anders kommen können*, 176 Seiten, 12,95 €, Landwirtschaftsverlag Münster 2005, zu beziehen über den ABL-Verlag

Das Schaf Charlotte

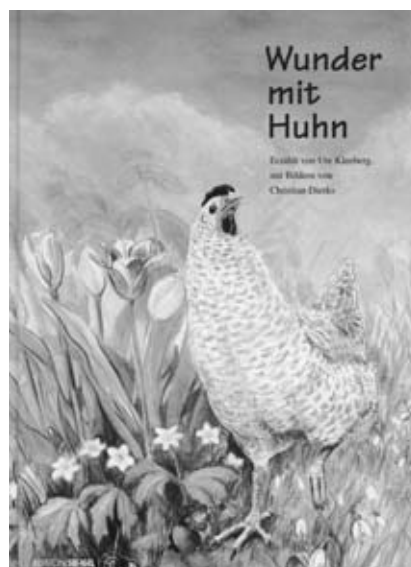
Ein Buch für kleine Wilde und solche, die es gern wären!

Charlotte, das kleine Schaf, ist anders als die anderen. Es lebt wild und gefährlich, was für ein Schaf ausgesprochen ungewöhnlich ist. Charlotte steigt auf Bäume, klettert auf Felsen, springt über wilde Bäche und schaut an der großen Straße den schnellen Autos nach. Die alten Schafe wiegen nur bedenklich die Köpfe, machen „Tz-tz-tz“ und wundern sich. Solche Sachen gehören sich nicht für ein Schaf, finden sie. Doch eines Tages verknackst sich der alte Schäfer den Fuß und kann nicht mehr laufen, und keiner ist in der Nähe, um Hilfe zu holen – nur Charlotte.

Eine klasse Geschichte mit wirklich wunderschönen Zeichnungen in einem so großartigen wie großformatigen Bilderbuch, das genauso die Norm sprengt wie das Schaf Charlotte selbst.

Prima Weihnachtsgeschenk für aufgeweckte kleine Wilde ab zwei Jahren! *al*

Anu Stohner (Text), Henrike Wilson (Illustration): *Das Schaf Charlotte*, Hanser Verlag 2005, 32 Seiten, durchgehend farbig illustriert, gebunden, 14,90 Euro plus Versand, zu beziehen über den ABL-Verlag



Wunder mit Huhn

Die Henne hat Schlachtreife, und am besten schlachten Sie sie bald, sonst erleben Sie mit der Ihr blaues Wunder...“ Aus weiter Ferne haben Friedolin Vogel diese Worte des Händlers direkt in sein Herz getroffen. Ein Huhn, mit dem man Wunder erleben kann! Ihm ist egal, ob das Wunder blau, rot, grün oder gepunktet ist. Er will Wunder erleben und darum kauft Friedolin Vogel ein weiß-gesprenkeltes Huhn...“

Eine wunderschöne Geschichte über einen alten Mann, der durch ein Huhn, das er zufällig auf dem Markt kauft, seinen längst verloren geglaubten Lebensmut wiederfindet. Denn so ein Huhn braucht Futter, einen Stall und überhaupt: Man muss sich darum kümmern. Dafür legt es Eier – zwar nur weiße, keine blauen – aber immerhin. Wahlweise als Bilderbuch zum Vorlesen oder als Hörbuch, unterlegt mit passend ausgewählter klassischer Musik, eignet sich „Wunder mit Huhn“ für Kinder ab 5 Jahren – und auch für Erwachsene. *al*

Ute Kleeberg: *Wunder mit Huhn*, Edition See-Igel 2005, Buch: 32 Seiten, durchgehend 4-farbig; CD-Audio: 58 Minuten, gelesen von Christian Brückner mit Musik von (u.a.) Brahms, Bruch, Mendelssohn-Bartoldy, beides 15,50 Euro, zu beziehen über den ABL-Verlag

Neu im
ABL
VERLAG

Stührwoldt frisch gepresst

Audio-CD „Matthias Stührwoldt live im Lutterbeker“

Viele Stührwoldt-Fans haben ihn schon live bei einer seiner Lesungen gehört. Jetzt gibt es endlich die Möglichkeit, sich Matthias ins Wohnzimmer, auf den Trecker oder ins Auto zu holen: mit der neuen Audio-CD, die gerade im ABL-Verlag erschienen ist. Es handelt sich um die Live-Aufzeichnung einer Lesung, die im Lutterbeker, Landkreis Plön in Schleswig-Holstein im Sommer diesen Jahres stattgefunden hat. Neben vier Erzählungen aus „Verliebt Trecker fahren“ liest Matthias auch drei Geschichten und zwei Gedichte aus seinem neuen Buch „Der Wollmützenmann“. So zum Beispiel den „Totengräber“, wo Matthias Stührwoldt erklärt, warum er seit geraumer Zeit tote Kleintiere nicht mehr – wie sonst immer – auf dem Misthaufen beerdigen darf. Oder das tragikomische „Opa zur Sonne“, das von dem verwirrten alten Mann erzählt, der zur Sonne will, querfeldein und über die Autobahn – und seinem Enkel Matthias, der verzweifelt versucht, ihn davon abzubringen.

Eine gelungene Kombination von typisch Stührwoldt'schem Witz und

Melancholie, eingeleitet und unterbrochen durch Kommentare des Autors.

Matthias Stührwoldt zum ersten Mal auf CD – ein authentischer Hörgenuss für alle eingefleischten Stührwoldt-Fans und solche, die es werden wollen!

al

Matthias Stührwoldt live im Lutterbeker, Audio-CD, 74 Minuten, ABL-Verlag 2005, 13,90 Euro, lieferbar ab 10. Dezember



Bestellcoupon

Ich bestelle:

Das Jahrbuch Der kritische Agrarbericht

bitte ankreuzen

Ausgabe 2005 2004 2003 2002 2001 2000 1999
19,80 € 19,80 € 21,00 € 19,80 € 20,00 € 19,00 € 5,00 €

.... Expl. **Der Wollmützenmann**, Stückpreis 11,90 € **NEU!!!** _____ €

.... Expl. **Matthias Stührwoldt live**, CD, Stückpreis 13,90 € **NEU!!!** _____ €

.... Expl. **Verliebt Trecker fahren**, Stückpreis 9,90 € _____ €

weitere Bücherwünsche:

zuzgl. Versandkosten 2,75 €

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung

Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos:

Konto-Nr. _____ BLZ _____ Bank _____

Telefon _____ ggf. E-Mail _____

Name _____ Adresse _____

Datum _____ Unterschrift _____

Bestellung an: ABL-Bauernblatt Verlag-GmbH, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381/492221

Kurzes am Rande

WTO und Agrobusiness

Rechtzeitig zur Ministerkonferenz der WTO in Hongkong legt WEED (Nichtregierungsorganisation „Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung“) eine kritische Bestandsaufnahme vor. Unter dem Titel „Dick im Geschäft – Handelspolitik im Dienste des Agrobusiness“ zeigt Autorin Pia Eberhardt auf, dass die Liberalisierungs-Fixierung in der agrarpolitischen Debatte zu kurz greift. Sie trägt allenfalls dazu bei, die bestehenden Machtverhältnisse zu legitimieren und zementieren. Die Broschüre zieht eine Bilanz der weltweiten Politik der Agrarliberalisierung und den aktuellen WTO-Verhandlungen. Außerdem werden Aspekte beleuchtet, die in der Debatte bislang vernachlässigt wurden: Die Rolle transnationaler Agrarkonzerne, die Bedeutung des Dienstleistungsabkommens GATS und des TRIPS-Abkommens zum Schutz geistiger Eigentumsrechte – und deren Auswirkungen auf Bauern in Nord und Süd. Schließlich wird als alternatives Konzept die Ernährungssouveränität skizziert. Die Texte sind gut lesbar geschrieben und anschaulich gestaltet und ermöglichen auch Laien, sich mit der komplexen Thematik auseinander zu setzen. Sehr empfehlenswert! al

Pia Eberhardt: Dick im Geschäft, Handelspolitik im Dienste des Agrobusiness, weed 2005, 46 Seiten, 5 Euro plus Versand, zu beziehen bei: weed, Torstraße 154, 10115 Berlin, Tel: 030-27582163, Fax: 030-27586928, mail: weed@weed-online.org

„Gender“ und die Bauern

„Den Bauern oder die Bäuerin – gibt es sie heute noch? Agrarpolitische und -strukturelle Wandlungsprozesse betrafen (und betreffen) immer auch die Rollen und Funktionen von Frauen und Männern in der Landwirtschaft.“ Mit diesen Worten beginnt der neue Band „Arbeitsergebnisse“ des Fachgebietes Landnutzung und regionale Agrarpolitik der Uni Kassel. In sechs Beiträgen werden die Männer- und Frauenrollen in der Landwirtschaft beleuchtet. Zum Beispiel die traditionelle Rolle des „Ernährers“, die in vielen Betrieben nicht mehr eindeutig zu definieren ist, weil sinkende Einkommen in der Landwirtschaft externe Zusatzverdienste erforderlich machen, die meist von der Frau erwirtschaftet werden. Gleichzeitig lasten aber die unbezahlten Arbeiten wie Kinder- und Altenversorgung, Haus- und ehrenamtliche Arbeit, mehrheitlich weiter auf den Schultern der Frauen. „Gender“ bedeutet nicht, wie viele denken, Feminismus, sondern Gleichstellung von Männern und Frauen – hier liegt gerade in der Landwirtschaft noch ein gewaltiges Stück Arbeit vor uns, denn, so Elisabeth Prügl in ihrem Beitrag: „Der Status von Frauen auf Höfen hat sich in Bezug auf die Arbeitsteilung kaum verändert... Die Landwirtschaft scheint sich als eine patriarchalische Bastion zu erhalten.“ al

Arbeitsergebnisse Heft 59: Gender, Schriftenreihe des Fachgebietes Landnutzung und Regionale Agrarpolitik der Universität Kassel, 2005, 52 Seiten, 6 Euro plus Versand, zu beziehen über den ABL-Verlag

Modernisierung von kleinen Milchviehställen

Circa 60 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland wirtschaften mit Bestandsgrößen unter 30 Kühen. In den meisten dieser Betriebe ist Anbindehaltung die übliche Haltungform. Damit diese „kleinen“ Milchviehbetriebe sich weiterentwickeln können und eine Verbesserung der arbeitswirtschaftlichen Situation und der Haltungsbedingungen für die Tiere schaffen, bedarf es Strategien und Ideen, wie man zum Beispiel Stallumbauten mit überschaubarem finanziellem Aufwand realisieren kann. Hier spielt der Übergang zur Laufstallhaltung eine zentrale Rolle. In den letzten Jahren hat sich gezeigt, dass diese Haltungform aus arbeitswirtschaftlichen und Tiergerechtheits-Gesichtspunkten empfehlenswert und durch Um- oder Neubaumaßnahmen auch bei kleinen Bestandsgrößen mit vertretbarem Aufwand realisierbar ist. Das neu im KTBL-Verlag erschienene Buch stellt verschiedene Lösungsansätze vor und gibt Planungsempfehlungen für Stallumbauten hinsichtlich Arbeitswirtschaft, Futter- und Wasser-Versorgung, Entmistung uns so weiter. Im hinteren Teil werden anhand verschiedener Praxisbetriebe mit vielen anschaulichen Abbildungen Beispiellösungen dargestellt. pm

Angela Reichel: Modernisierung von Milchviehställen mit kleinen Beständen, KTBL-Schrift 429, 77 Seiten, 2005, zu beziehen bei KTBL, Bartningstr.49, 64289 Darmstadt, www.ktbl-shop.de, vertrieb@ktbl.de, Tel.: 06151-7001-0



Agrarhandel – wer profitiert?
Milchmarkt unter der Lupe -
Herausforderungen für die WTO

1. Dezember 2005, 17.00 – 20.30 Uhr
Katholische Akademie in Berlin

17:00 **Das Beispiel Milch: Präsentation von 3 neuen Studien**
- Agrarsubventionen schaffen Armut – Das Beispiel der EU-Milch in Burkina Faso. **Maurice Oudet**
- Von Milchseen und Schleuderpreisen - Die europäische Milchpolitik und ihre Folgen. **Tobias Reichert**
- Anforderungen an eine Reform der EU-Milchmarktordnung aus der Sicht bäuerlicher Organisationen in Nord und Süd. **Martin Hofstetter**

19:00 **„Was müsste in Hongkong geschehen, damit Kleinbauern und bäuerliche Betriebe in Süd und Nord gestärkt werden?“**
Dr. R. Hermle, MISEREOR. **E. Stather**, Staatssekretär BMZ.
A. Kienle, stellv. Generalsekretär DBV. **M. Oudet**, Leiter von SEDELAN/ Weiße Väter, Burkina Faso.
F. W. Graefe zu Baringdorf, AbL-Bundesvorsitzender.
Moderation: Georg Ehring, Deutschlandfunk

20.30 Schlusswort: **Michael Windfuhr**, Germanwatch

Anmeldung: AbL, Berit Thomsen, Tel 02381-9053172, thomsen@abl-ev.de



Landeskontakte

Schleswig-Holstein

Wilster: Bernd Voß, Tel.: 048 23/85 05, Fax: 048 23/7 53 30
Sörup: Hinrich Lorenzen, Tel.: 046 35/21 41, Fax: 046 35/21 14
Plön: Matthias Stührwoldt, Tel.: 043 26/6 79, Fax: 043 26/28 91 47
Flensburg: Heiner Iversen, Tel.: 046 31/74 24, Fax: 046 31/38 52

Niedersachsen

Landesverband: Martin Schulz, Kosakenweg 29, 29476 Quickborn, Tel.: 058 65/98 83 60, Fax: 058 65/98 93 61
Heide-Weser: Karl-Heinz Rengstorf, Tel.: 042 33/6 69, Fax: 042 33/21 77 74
Elbe-Weser: Ada Fischer, Tel.: 047 23/32 01, Fax: 047 23/21 18
Wendland-Ostheide: Horst Seide, Tel.: 058 65/12 47
Südnieders.: Andreas Backfisch, Tel.: 055 08/99 99 89, Fax: 055 08/99 92 45

Mecklenburg Vorpommern / Brandenburg

Mecklenburg: Jörg Gerke, Tel.: 0384 53/20 40 00, Fax.: 0384 53/52 13 1
Vorpommern: Albert Wittneben, Tel.: 0396 04/2 68 59
Brandenburg: Cornelia Schmidt, Tel.: 038 79/1 25 18; Erich Degreif, Tel.: 03 32 04/3 56 48, Fax.: 03 32 04/3 56 49; Bernd Hüsgen, Tel.: 03 37 04/6 61 61

Nordrhein-Westfalen

Landesverband: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 023 81/90 53 170, Fax: 023 81/49 22 21
Gütersloh: Erika Kattenstroth, Tel.: 052 41/5 70 69
Tecklenburger Land: Martin Steinmann, Tel.: 054 04/52 64
Herford: Friedel Gieseler, Tel.: 052 21/6 25 75
Köln/Bonn: Bernd Schmitz, Tel.: 022 48/47 61

Hessen

Mittelhessen: Ernst-Günter Lang, Tel.: 064 41/7 55 02, Fax: 064 41/97 59 95
Nordhessen: Bernhard Wicke, Tel.: 056 65/14 03, Onno Poppinga, Tel.: 056 73/35 40

Rheinland-Pfalz und Saarland

Landesverband: Peterstraße 11, 54634 Bitburg, Tel./Fax: 065 61/6 04 93 00
Vorsitzender: Ewald Frisch, Tel.: 065 22/5 49, Fax: 065 22/93 36 36, E-Mail: abl.lv-rlp@web.de

Baden-Württemberg

Landesverband: Laubachtal 1, 88484 Gutenzell, Tel.: 073 52/89 28, Fax: 073 52/94 14 22
Nordschwarzwald: Georg Bohnet, Tel.: 074 43/39 90;
Nord-Württemberg: Ulrike Hasemeier-Reimer, Tel.: 079 71/85 84
Bodensee: Anneliese Schmeh, Tel.: 075 53/75 29, Fax: 075 53/82 82 78
Allgäu: Bärbel Endraß, Tel.: 075 28/78 40, Fax: 075 28/92 75 90

Bayern

Landesverband: Andreas Rimmelberger, Reit 17, 84508 Burgkirchen/Alz, Tel.: 086 79/64 74, Fax: 086 79/9 13 01 45, E-Mail: Abl-Bayern@web.de; www.abl-bayern.org
Regionalgruppe Pfaffenwinkel: Wolfgang Taffertshofer, Tel.: 088 47/8 04,
Regionalgruppe Chiemgau-Inn Salzach: Hans Urbauer, Tel.: 086 28/6 34, Ute Gasteiger, Tel.: 080 39/16 35
Landshut-Vilstal: Josef Schmidt, Tel.: 087 42/80 39
Franken: Gabriel Deinhardt, Tel.: 091 94/84 80

Sachsen/Thüringen

Landesverband: Jörg Klemm, Trassenweg 25, 09638 Lichtenberg, Tel.: 03 73 23/5 01 29, Fax: 03 73 23/1 58 64



Bundeskontakte

Bundesgeschäftsstelle:

Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 023 81/90 53 171, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: info@abl-ev.de

Bankverbindung: KSK Wiedenbrück BLZ 47853520 Kto: 2017838

Bundesgeschäftsführer: Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28, 21335 Lüneburg, Tel.: 041 31/40 77 57, Fax: 041 31/40 77 58

Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren:

Adi Lambke, Tel.: 058 64/2 33; Anneliese Schmeh, Tel.: 075 53/75 29

Interessengemeinschaft Boden:

Mecklenburg: Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 038 41/79 12 73; Vorpommern: Franz Hinnemann, Tel./Fax: 03 83 31/8 00 24; Brandenburg: Bernd Hüsgen, Tel.: 03 37 04/6 61 61, Fax: 03 37 04/6 61 62

Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:

Mute Schimpf, AbL-Bundesgeschäftsstelle, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 023 81/90 53 173, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: gentechnikfreie-landwirtschaft@abl-ev.de



Mitgliedsantrag

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Ich möchte Mitglied in der AbL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 86,00 €
 Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 121,00 €
 Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von _____ € zu zahlen
 Als Kleinbauer, Student, Renter, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 31,00 €
 Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 56,00 €
 Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)

Name, Vorname _____

Straße _____

PLZ, Wohnort _____

Telefon/Fax _____

E-Mail _____

Zahlungsweise des Mitgliedsbeitrags:

- Nach Erhalt der Rechnung
 Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung
Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.: _____

BLZ: _____

Bank: _____

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL weiterleitet.

Datum _____

Unterschrift _____

Bewegung, auf die es ankommt

Die Unabhängige Bauernstimme wird nächstes Jahr 30

„Zwei Dinge sind für Bauern wichtig:

1. Die Lage sehen wie sie wirklich ist.
2. Konsequenz nach Lösungen suchen. Das heißt, auch vor Kampfmaßnahmen nicht zurückschrecken.

Wir sind überzeugt, uns Bauern werden noch Wege einfallen.“

Vielleicht war es eine enge Bodenkammer, in der diese Sätze geschrieben wurden, nebenan Heu und Stroh für das unten im Stall leise muhende Vieh, vielleicht war diese Kammer nur spärlich beleuchtet durch eine nackte Glühbirne an der Decke, an der Wand ein Plakat von Che Guevara, vielleicht konnte man die Luft schneiden, weil die Schreiber dieser Sätze über ihren Debatten und ihre Ernsthaftigkeit und ihren Ehrgeiz, diese Zeitung zu vollenden, längst das Lüften vergessen hatten...

Sicher ist, dass es im Jahr 1976 war, seit Januar galt die Anschlupfpflicht auf den Vordersitzen im Auto, der Radikalenerlass, der Beamten eine Mitgliedschaft in „extremen Organisationen“ verbot, erhitzte die Gemüter, Bundeskanzler Helmut Schmidt zog ins brandneue Kanzleramt in Bonn und die DDR-Volkammer in den brandneuen Palast der Republik. Auf beiden Seiten der deutsch-deutschen Grenze wird noch in jenem Herbst gewählt, die SED mit ihrem Generalsekretär Erich Honecker erhält 99,86 % der Stimmen, die sozial-liberale Koalition unter Helmut Schmidt kann trotz erheblicher Stimmenverluste an CDU/CSU weiterregieren. Die schwedische Popgruppe ABBA bringt mit „Dancing Queen“ Füße in Bewegung, und an der Volksbühne in Ost-Berlin wird das Theaterstück „Die Bauern“ von Heiner Müller uraufgeführt, das sich mit der Landwirtschaft zwischen Bodenreform und Kollektivierung befasst. Für seinen früheren Versuch, das Thema in einem Theaterstück aufzuarbeiten, war der Sachse Müller aus dem Schriftstellerverband der DDR ausgeschlossen worden.

In diesem Jahr also kommen Bauern und Bäuerinnen zusammen, die nicht länger hinnehmen wollen, dass die Preise für ihre Produkte von undurchsichtigen Konzernen bestimmt und ihre Interessen von einem Verband vertreten werden, dessen Funktionäre in den Aufsichtsräten dieser Konzerne sitzen. Sie machen eine Zeitung mit ihren Ideen und fordern nicht weniger als ein neues Leitbild.

Für den Rest der Gesellschaft war 1976 schon eher eins der Jahre am Ende einer aufrüttelnden Epoche. Vietnam wird wiedervereinigt, die chinesische Kulturrevolution endet mit dem Tode Maos. Zwar sorgen der Tod Ulrike Meinhofs und die Ausbürgerung Wolf Biermanns aus der DDR für eine gewisse Unruhe, ansonsten widmet man sich aber der Hochzeit von Schwedens König Karl Gustaf und der deutschen Stewardess Silvia Sommerlath, der ersten Landung einer Weltraumsonde auf dem Mars, der Fußball-Europameisterschaft in Jugoslawien oder den Olympischen Sommerspielen in Montreal. Jimmy Carter wird US-Präsident, erste Abkommen zu Atomtests werden von der USA und der UdSSR unterzeichnet, in Brokdorf wird gegen die Nutzung der Kernkraft demonstriert und im oberitalienischen Seveso tritt bei einer Explosion in einem Chemiewerk hochgiftiges Dioxin aus. Die Umwelt und ihr Schutz rücken stärker ins Blickfeld der Menschen.

Auch für jene Bäuerinnen und Bauern ist ein anderer Umgang mit ihren „Produktionsfaktoren“ Boden, Wasser, Luft Teil des neuen Leitbildes, genauso wie soziale Gerechtigkeit und ein gerechtes Einkommen. All das debattieren sie in der neuen Zeitung, die damals noch BAUERNBLATT heißt, aber schon den Zusatz trägt „von Bauern für Bauern“. 30 Jahre, einen einem Rechtsstreit mit dem Bauernblatt in Schleswig-Holstein geschuldeten Namenswechsel, einige Krisen und vor allem nicht wenige Erfolge später liest sich immer noch passend, was in einer der frühen Aus-

gaben zur Richtungsbestimmung vorgelegt wurde:

„Bevor ich nun zum Schluß komme, will ich noch auf die Bedeutung und die Möglichkeiten eingehen, die unserer Meinung das BAUERNBLATT (auch) in Zukunft haben kann und sollte: (...) Es ist wichtig, dass das BAUERNBLATT ein Sammelpunkt für Bauern und Bauerngruppen bleibt. (...) Wir wollen nicht allein und isoliert unter den Bauern stehen bleiben! Weder auf nationaler noch auf internationaler Ebene. Darüber hinaus gibt es aber noch andere gesellschaftliche Strömungen, mit denen wir eine Zusammenarbeit anstreben sollten. Ich denke da an die Anti-Atomkraft-Bewegung, an Gewerkschaftsgruppen, die mit Bauern zusammenarbeiten wollen.“

Wir rufen dazu auf, dass BAUERNBLATT als öffentliches Forum für unsere Probleme und Vorstellungen zu nutzen, um damit ein Umdenken für die bäuerliche Landwirtschaft zu unterstützen.

Ohne demokratische Diskussions- und Organisationsformen wird uns das nicht gelingen. Gerade hier kann und muß das BAUERNBLATT seine Bedeutung bekommen. Damit sind wir alle aufgefordert, unseren Beitrag zu leisten.

Laßt und diese Chance nicht vertun!“

In diesem Sinne: Auf die nächsten 30 Jahre!

Für den Einstieg ins Jubiläumsjahr ein besonderes Angebot im Coupon unten... Der Termin für das große Jubiläumsfest steht schon fest: 30. Juni – 1. Juli 2006 in Jameln/Wendland

Für echte Nostalgiker: die Zitate sind dem wunderbaren Sammelband „Bleibt auf dem Lande und webret Euch täglich“ von 1983 mit Originaltexten der frühen Bauernstimmen bzw. damals noch Bauernblatt-Ausgaben entnommen, der nach wie vor zum Preis von 5,00 Euro beim ABL-Verlag bestellt werden kann.



12/2005

unabhängige bauernstimme: 30 Jahre Widerstand und Selbsthilfe

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (36,- € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 26,- € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Jubiläumspreis von 15,- € bzw. 30,- € für 6 oder 12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 6,- € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname Name, Vorname

Straße Straße

PLZ, Ort PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen evtl. Telefon für Rückfragen

Zahlungsweise des Zeitungsabos:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Mit beiliegendem Scheck
- Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr. BLZ Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Post AG im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnetantin / des Abonnetanten Datum Beruf
(bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

**Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm
oder Fax 02381 / 49221**